PUSHBACK REPORT 2021

mare liberum

ZUSAMMENFASSUNG

Die vorliegende Publikation setzt Berichte betroffener Geflüchteter und Augenzeug:innen in den Fokus und klagt institutionalisierte Gewalt gegen Flüchtende an.

Pushbacks bezeichnen das gewaltsame Zurückdrängen von Schutzsuchenden über eine Grenze. Diese Praxis verstößt gegen das Völkerrecht und beraubt Menschen um ihr Recht auf Asyl. Der Pushback Report 2021 liefert zunächst eine kurze Übersicht der Geschichte von europäischer Grenzgewalt und veranschaulicht verschiedene Umgangsweisen mit unterschiedlichen Migrationsbewegungen des europäischen Grenzregimes. Im Hauptteil der Publikation wird deutlich, dass illegale Pushbacks inzwischen eine alltägliche Praxis von Menschenrechtsverletzungen gegen Flüchtende darstellen. Es handelt sich dabei weder um Einzelfälle noch um eine „Begleiterscheinung" sogenannter Grenzsicherung. Vielmehr offenbaren unterschiedliche Zeug:innenberichte eindrücklich, dass (physische) Gewalt, Demütigungen und Folter als strategisches Mittel eingesetzt werden, um fliehende Menschen auch mit illegalen Mitteln davon abzuhalten EU-Territorium zu erreichen. Auch die aktuellen Entwicklungen in der Ägäis aus dem Jahr 2021 zur Verschiebung von Fluchtrouten, Anzahl der Todesopfer und vermissten Menschen sowie Ankünfte von Menschen auf den vorgelagerten griechischen Inseln, werden in den Kontext zu der etablierten Praxis von Pushbacks gesetzt. Der Report macht deutlich, dass den ausführenden Organen der griechischen Küstenwache und Frontex keine realen Konsequenzen drohen. Anstatt einer Verfolgung dieser Verbrechen wächst das Bestreben mehrerer EU-Mitgliedsstaaten, Pushbacks zu legalisieren. Abschließend wirft die Publikationen einen Rückblick auf die Beobachtungsmissionen von Mare Liberum im Jahr 2017 und 2021, die deutlich machen, wie repressiv Menschenrechtsbeobachtung begegnet wird.

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung **4**

Pushbacks im Jahr 2021 4

Pushbacks und die lange Geschichte Europäischer renzgewalt 5

Die zwei Gesichter Europäischer Asylpolitik 6

Zahllose Pushbacks **7**

Gewalt und Folter als integraler Teil der Abschottungspolitik **8**

In Rettungsinseln ausgesetzt 9

Über Bord gestoßen 9

Erzwungenes Entkleiden, Leibesvisitation und (Sexualisierte) Gewalt 10

Folter 11

Veränderung der Fluchtrouten **15**

Ertrunkene und Vermisste **17**

Ankünfte auf den Inseln **20**

„Leben auf einer Insel, auf der früher Geflüchtete ankamen" **22**

Pushbacks im Europäischen Kontext **25**

Im Interview mit Lena Karamanidou **28**

Beobachtungsmissionen in der Ägäis **32**

Sea-Watch Missionen 2017 33

Test Mission Sommer 2021 36

Oktober Mission 2021 37

Quellenangaben **40**

Impressum **43**

EINLEITUNG

Pushbacks im Jahr 2021

Das Jahr 2021 kann als weiteres Jahr angesehen werden, in dem sich der brutale Krieg, den die EU gegen Migration führt, intensiviert hat. Gewaltsame Pushbacks wurden dabei auch im vergangenen Jahr systematisch an europäischen Land- und Seegrenzen durchgeführt und stellen einen elementaren Teil dieses unmenschlichen Grenzregimes dar. Der vorliegende Bericht wirft einen Blick auf die Gewalt, die gegen fliehende Menschen an der griechisch-türkischen See-grenze in der Ägäis im Jahr 2021 angewendet wurde. Denn bei Pushbacks handelt es sich nicht nur um illegale Akte, bei denen Menschen auf der Flucht über eine Grenze zurückgedrängt werden, sondern um zutiefst menschenfeindliche und gewaltsame Akte. Der Pushback-Bericht 2021 zeigt, wie im Sinne des "Grenzschutzes" Gewalt, Demütigungen und Folter als strategische Mittel eingesetzt werden, um Fliehende abzuwehren. Anhand von verfügbaren Daten sowie insbesondere Zeug:innenberichte von eben jenen Menschen, die der Gewalt an den Außengrenzen ausgesetzt sind, soll ein Beitrag zur Dokumentation des Unrechts geleistet werden, welches an Europas Grenzen zur Normalität geworden ist. Die in diesem Bericht dokumentierte Grenzgewalt kann dabei stets nur einen Ausschnitt davon darstellen, was an den EU-Außengrenzen täglich passiert.

Während die EU im vergangenen Jahr weiter täglich gewaltsame Pushbacks ausüben ließ, zeigte sich EU-Kommissarin Ylva Johansson wiederholt bestürzt hinsichtlich der Gewalt, die an Europäischen Grenzen passiert, als hätte man davon all die Jahre nichts gewusst. Die Aussagen der EU-Kommission besitzen, wenn überhaupt nur symbolische Bedeutung. Reale Konsequenzen folgen aus den öffentlichen Verurteilungen von Pushbacks zumeist nicht – im Gegenteil. Anstatt Pushbacks zu stoppen, forderten im Oktober 2021 zwölf EU-Mitgliedsstaaten in einem Schreiben an die Kommission die Reform des Schengener Grenzkodex, um Pushbacks zu legalisieren.[1] Diese ernstzunehmenden Versuche Gewalt gegen Fliehende zu legalisieren, ist auch Ausdruck eines sich in der Folge des "Sommers der Migration" 2015 verstärkenden Rechtsrucks und dem Aufschwung nationalistischer Kräfte in vielen EU-Mitgliedstaaten.[2]

Pushbacks und die lange Geschichte Europäischer Grenzgewalt

Dass „Pushback" zum Unwort des Jahres 2021 gekürt wurde, ist Ausdruck einer ohne Zweifel in den letzten Jahren immens gewachsenen medialen Aufmerksamkeit. „Mit dem Begriff werde ein menschenfeindlicher Prozess beschönigt", begründete die Jury der sprachkritischen Aktion ihre Wahl.[3] Im Jahr 2021 wurden zahlreiche Berichte und Recherchen zu den illegalen Pushback-Praktiken der griechischen Küstenwache sowie insbesondere den Verwicklungen der europäischen Grenzschutzagentur Frontex veröffentlicht. Die gewachsene öffentliche Aufmerksamkeit sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Pushbacks alles andere als ein neues Phänomen darstellen. Bereits im Jahr 2007 berichtete Pro Asyl – lediglich ohne dabei den Begriff „Pushback" zu verwenden - wie Fliehende gewaltsam von der griechischen Küstenwache in türkische Gewässer zurückgedrängt und ihre Boote dabei absichtlich beschädigt wurden.[4] Ausgehend von Interviews, die die Organisation mit Geflüchteten auf Chios, Samos und Lesbos durchführte, wird deutlich, dass auch das Aussetzen von fliehenden Menschen auf unbewohnten Inseln sowie die Anwendung brutaler Gewalt bereits übliche Praktiken der griechischen Küstenwache in der Ägäis darstellten. Doch auch ein Verweis auf die 2000er Jahre scheint zu kurz gegriffen. So beschreibt die Migrationsforscherin Lena Karamanidou im Interview mit Mare Liberum (Seite 28), dass es schon in den 1980er und 1990er Jahren regelmäßig und in systematischer Weise an der griechisch-türkischen Grenze zu Pushbacks kam, wie besonders Zeug:innenberichte von Wehrpflichtigen in der Evros-Region zeigen. Europa war von Beginn an ein Projekt, dass sich nach außen hin abgeschottet hat, auch wenn es sich stets mit freiheitlichen Werten brüstete. Auch wenn der Bericht sich auf die Entwicklungen des vergangenen Jahres fokussiert, sollte die Kontinuität europäischer Grenzgewalt nicht aus den Augen verloren werden. Und auch Mare Liberum will zurückblicken, nicht nur auf die Missionen im Jahr 2021 (Seite 36), sondern auch auf das Jahr 2017 als die Mare Liberum 1, damals noch als Sea Watch 1 bereits Monitoring in der Ägäis betrieb (Seite 33).

Die zwei Gesichter Europäischer Asylpolitik

Dass das Europäische Grenzregime bestimmte Menschen reinlässt und andere nicht, verdeutlicht auch die Reaktion auf die russische Invasion in der Ukraine, die am 24. Februar 2022 begann und die Veröffentlichung dieses Berichtes überschattet. Bereits in den ersten drei Wochen nach Kriegsbeginn flohen laut UN rund 2,3 Millionen Menschen aus der Ukraine in benachbarte Länder.[5] Die EU reagierte diesmal schnell: Im Eiltempo wurden Maßnahmen beschlossen, die fliehenden Menschen aus der Ukraine unbürokratisch Zuflucht gewähren sollen. So wurde zunächst ein Schutzmechanismus aktiviert, der die Aufnahme von ukrainischen Staatsbürger:innen ohne Asylantrag ermöglicht. Die rechtliche Grundlage für diese Politik der Aufnahme stellt die EU-Richtlinie 2001/55/EG[6] dar, die seit ihrer Verabschiedung noch nie aktiviert wurde. Die Direktive, die am 20. Juli 2001 von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union als Reaktion auf den Balkankrieg der 1990er Jahre verabschiedet wurde, ermöglicht, dass Fliehende ohne bürokratische Hürden auf die Mitgliedsstaaten verteilt werden können.[7] Außerdem sorgt die Richtlinie dafür, dass Schutzsuchende aus einem bestimmten Land unkompliziert Aufenthaltstitel, Arbeitserlaubnisse und Zugang zu Sozialleistungen erhalten können. Auch die Residenzpflicht entfällt, denn die Direktive ermöglicht eine Umgehung des Dublin-Verfahrens. Ukrainische Staatsbürger:innen können nun ohne bürokratische Hürden in die EU einreisen und bleiben. Dass diese Reaktion richtig ist, steht außer Frage. Dennoch wird deutlich, wie selektiv die EU fliehenden Menschen Schutz ermöglicht. So blieb die Richtlinie beispielsweise während des Sommers der Migration 2015 ungenutzt.

Die Humanität, mit der die EU nun brüstet, steht ebenfalls in einem scharfen Kontrast zu den tausenden Fliehenden aus dem Irak, Afghanistan oder Syrien, die im vergangenen Jahr an der polnisch-belarussischen Grenze strandeten,[8] um nur ein jüngeres Beispiel zu nennen. Und auch jetzt wird nicht allen Menschen mit Aufnahmebereitschaft begegnet: So gilt die nun durchgesetzte Direktive explizit nicht für Angehörige von Drittstaaten, die zum Zeitpunkt des Krieges in der Ukraine leben, es sei denn sie haben dort bereits einen langfristigen Aufenthaltsstatus.[9] Hinzu kommt, dass sich bereits in den ersten Tagen nach Kriegsbeginn Berichte über in der Ukraine lebende People of Color häuften, die teilweise gewaltsam von den Evakuierungszügen ausgeschlossen wurden und tagelang an Grenzen warten mussten.[10] Solidarische Praxis muss allen Menschen gleichermaßen gelten. Wir setzen uns dafür ein, dass allen Menschen ihre Rechte auf Asyl und Bewegungsfreiheit zugestanden werden.

ZAHLLOSE PUSHBACKS

Obwohl es mittlerweile zahlreiche Berichte über Pushbacks und Grenzgewalt in der Ägäis gibt, ist es nach wie vor sehr schwer, an konkrete Daten zu kommen. Das Sammeln von Informationen über Rechtsbrüche und Pushbacks im Speziellen, ist in einem extrem militarisierten Grenzgebiet, wie der Ägäis eine schwierige Aufgabe. So setzen die verantwortlichen Akteur:innen, sei es die griechische Küstenwache oder auch Frontex, alles daran, die eigenen Menschenrechtsverbrechen zu verdecken.

Unsere Zahlen setzen sich aus verschiedenen Quellen zusammen. Dazu zählen neben eigenen Beobachtungen vor allem Informationen von Organisationen, wie Aegean Boat Report, dem Alarmphone oder Josoor. Eine besondere Rolle spielen die Daten der türkischen Küstenwache. Diese sollten dabei stets vor dem Hintergrund einer möglichen politischen Instrumentalisierung durch die türkische Regierung betrachtet werden. Auch deshalb versuchen wir, mehrere Quellen für die einzelnen Fälle zu finden und die Informationen abzugleichen.

Über das letzte Jahr hat die türkische Küstenwache eine eigene Datenbank mit allen von ihnen verzeichneten Pushbacks veröffentlicht. Gleichzeitig wurde die Dokumentation von Grenzgewalt durch unabhängige Aktivist:innen und Organisationen durch Repressionen in Griechenland maßgeblich erschwert.

Die Zahlen und Fakten, die wir in diesem Bericht auswerten haben aufgrund der schlechten Datenlage keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Allerdings gibt es einige Gründe, weshalb wir sie dennoch benutzen. Die Anzahl der verzeichneten Pushbacks ist zum Ende des Jahres 2021 angestiegen, unterscheiden sich jedoch im Durchschnitt nicht viel von den Zahlen des letzten Jahres. Nicht nur die Anzahl der Fälle, sondern auch die beschriebenen Praktiken der griechischen Küstenwache decken sich häufig mit Berichten von unabhängigen Organisationen, weshalb von ihrer Echtheit auszugehen ist.

GEWALT UND FOLTER ALS INTEGRALER TEIL DER ABSCHOTTUNGSPOLITIK

„Pushbacks bezeichnen den illegalen Akt, Menschen ohne Chance auf Asylantrag und gegen ihren Willen über eine Grenze zurückzubringen. In der Theorie kann dies ohne den gezielten Einsatz von physischer Gewalt vonstattengehen. Jedoch wurden in den meisten uns bekannten Fällen physische und psychische Gewalt und sogar Folter eingesetzt. Die Systematik in diesem Vorgehen und der Umstand, dass dies in diversen griechischen Distrikten in ähnlichem Ausmaße zu geschehen scheint, legt den Verdacht nahe, dass nicht nur erwiesenermaßen Pushbacks,[11] sondern grundsätzlich der systematische Einsatz von Gewalt und Demütigungen auf behördliche Anweisung geschieht und einen strategischen Teil des "Grenzschutzes" in der Ägäis darstellt.

Bei fast allen Pushbacks von Griechenland in die Türkei werden die Fliehenden von der griechischen Küstenwache, Polizei oder Militär ihrer Besitztümer, ihres Geldes, ihrer Papiere beraubt. Zurück in der Türkei werden mittlerweile fast alle temporär in Detention Centern festgehalten und anschließend ohne Zugang zu staatlichen Unterstützungsstrukturen entlassen. Uns wurde berichtet, dass Menschen in diesen Detention Centern unwissentlich oder unter Druck das "Voluntary return" Dokument unterschreiben, durch welches ein Einverständnis zur Deportation ins Herkunftsland gegeben wird. Laut Betroffenen und Anwält:innen vor Ort wird Vielen nach Pushbacks wegen des Vorwurfs der illegalen Ausreise die Aufenthaltsgenehmigung ("Kimlik") in der

Türkei entzogen und ein Abschiebebescheid ausgehändigt. Damit droht Ihnen eine Abschiebung in Ihr Heimatland, beispielsweise das Bürgerkriegsland Syrien. Extrem prekäre Lebensumstände in der Türkei mit meist ausbeuterischen Bedingungen im informellen Arbeitssektor, fehlender Zugang zu staatlichen Strukturen wie Gesundheitsversorgung, zunehmend offener Rassismus und drohende Abschiebungen setzen Flüchtende unter enormen Druck, die Türkei zu verlassen und die Überquerung der Ägäis (erneut) zu versuchen. Ein Mann aus Kamerun berichtete bei einem Gespräch in 2021 davon, es zehnmal versucht zu haben, bevor er beim elften Mal Lesbos erreichte, wo es ihm gelang nach mehrtätigem Fußmarsch das Camp „New Moria/Mavrovouni" zu erreichen, wo er registriert wurde. Viele derjenigen, die sich nach einem oder mehreren Versuchen dazu entschieden in der Türkei zu bleiben tun dies, da sie und/oder ihre Familienangehörigen, insbesondere ihre Kinder exzessive Gewalt durch die griechische Küstenwache, Polizei oder Militär erfahren haben. Viele leiden unter den Nachwirkungen der traumatisierenden Erfahrung. Es gibt Berichte über Kinder, die aufgehört haben zu sprechen. Außerdem wurde uns berichtet, dass Menschen befürchten einen weiteren Versuch nicht zu überleben.

Dieses Kapitel soll einen Überblick über die systematische Anwendung von Gewalt und Folter gegenüber Menschen auf der Flucht in der Ägäis geben.

In Rettungsinseln ausgesetzt

Dass es an der griechisch-türkischen Seegrenze täglich und systematisch zu Grenzgewalt und Menschenrechtsverletzungen kommt, ist schon seit längerem keine Neuigkeit mehr. 2020 dokumentierten wir, wie die griechische Küstenwache begann, Rettungsinseln systematisch zur Durchführung von Pushbacks einzusetzen. Seitdem werden regelmäßig Menschen, die zum Teil bereits zuvor griechischen Boden erreicht haben, in Rettungsinseln auf dem offenen Meer ausgesetzt. Diese Praxis gehört mittlerweile zum „Modus operandi" der Behörden. Insgesamt wurden 2021 fast 5.000 Menschen in Rettungsinseln in türkischen Gewässern zurückgelassen. Die Routiniertheit, mit der die Behörden diese Praxis durchführen, macht die Verwendung von Rettungsinseln als Abschiebetool keineswegs weniger schockierend. Das Rettungsutensil wird entgegen seiner Bestimmung als Waffe gegen Menschen auf der Flucht eingesetzt. Ein Aufenthalt in den nicht steuerbaren, häufig überfüllten und den Bewegungen des Meeres ausgelieferten Gummiflößen, wird von Überlebenden als traumatisch beschrieben, da sie meist über viele Stunden einen Zustand der Todesangst erleben.

Über Bord gestoßen

Seit Anfang 2021 wurde verstärkt beobachtet, wie Menschen im Zuge von Pushbacks von griechischen Behörden in der Nähe der türkischen Küste einfach ins Wasser geworfen wurden.[12] Während die meisten der Betroffenen sich schwimmend ans türkische Ufer, bzw. auf kleine Inseln retten konnten, sind mindestens vier Personen in 2021 bei solchen Pushbacks gestorben.

Menschen ins Wasser zu drängen, auch wenn sie Rettungswesten tragen oder schwimmen können, zeigt auf brutalste Art und Weise, wie weit die griechischen Grenzbehörden zu gehen bereit sind.[13] Insgesamt hat die türkische Küstenwache

2021 Informationen über 18 Rettungsaktionen veröffentlicht, in denen kleinen Gruppen zwischen einer und acht Personen an der türkischen Küste oder von küstennahen Inseln, häufig aus Regionen, die nur vom Wasser aus erreichbar sind, gerettet wurden. Dabei wurden die Menschen ins Meer gestoßen und konnten sich schwimmend an Land retten. Die Angaben der türkischen Küstenwache müssen zwar mit Vorsicht behandelt werden, jedoch ähneln sich die Fälle stark und einige der Pushbacks konnten durch Berichte der Betroffenen validiert werden.

Der/Die Befragte beschreibt, dass das Boot insgesamt 15-20 Minuten lang sehr schnell fuhr und dann in der Nähe einer kleinen, unbewohnten Insel anhielt. Die uniformierten Männer sollen dann den Somalier:innen und Palästinenser:innen die Kabelbinder abgeschnitten und ihnen jeweils eine Rettungsweste ausgehändigt haben, die sie anziehen sollten. Dann warfen sie sie den Berichten zufolge etwa 100 m von der Insel entfernt ins Meer. "Keiner von uns konnte schwimmen", sagt der Befragte. "Wir weinten und schwammen und weinten und schwammen." Schließlich erreichten sie die Insel, die unbewohnt war. "Es gab nichts, nicht einmal Bäume!" Der Befragte berichtet, dass die vier Männer drei Tage lang auf dieser kleinen Insel gestrandet waren. "Wir waren so hungrig und durstig, dass wir Wasser aus dem Meer tranken und Zweige von Sträuchern aßen." *Testimony Pushback 27.01.2021 - Josoor*[14]

Erzwungenes Entkleiden, Leibesvisitation und (Sexualisierte) Gewalt

Bei Pushbacks von Personen, die in den meisten Fällen bereits griechischen Boden erreicht haben, kommt es häufig zu erzwungenem Entkleiden durch griechische Beamt:innen während Kleidung und Taschen durchsucht werden. Oft werden die teils oder vollständig entblößten Menschen gezwungen (stundenlang) in unkomfortablen Posen, zum Beispiel kniend, zu verharren – auch im Freien bei winterlichen Temperaturen.

Auch kommt es bei Pushbacks immer wieder zu sexualisierter Gewalt. Frauen haben uns von verschiedenen sexuell übergriffigen Handlungen durch griechische Grenzschützer berichtet, die von verbalen Angriffen mit explizit sexuellem Inhalt, eindeutigen Gesten, bis zu körperlich übergriffigen Handlungen reichten. So wurden Frauen nicht nur dazu gezwungen ihre Hijab vor einer Gruppe mehrerer Menschen abzulegen, sondern auch sich nackt auszuziehen. Auch Männer berichten davon, dass sie den Befehl erhielten sich komplett zu entkleiden und Gewalt eingesetzt wurde, wenn sie dieser Forderung nicht umgehend nachkamen.

Eine weitere Methode, die häufiger eingesetzt zu werden scheint, ist die der Leibesvisitation, bei der der gesamte Körper inklusiver Körperöffnungen wie Mundraum, After und Vagina abgetastet wird. Dabei gibt es Berichte, dass die entblößten Menschen dabei beleidigt und ausgelacht wurden und dass diese Visitationen bei Frauen auch durch männliche Beamte durchgeführt wurden.

Leibesvisitationen finden nicht nur im Rahmen von Pushbacks statt, sondern werden auch gegen Aktivist:innen eingesetzt. Uns sind mehrere Fälle bekannt in denen Personen einer solchen Leibesvisitation unterzogen wurden und angaben, dass diese einen klaren Demütigungs- und Einschüchterungscharakter aufwiesen.

"Kurz nach dem Betreten des Bootes wurden die Männer gewaltsam entkleidet und ihr Geld wurde ihnen abgenommen. Nackt, einer nach dem anderen, wurden sie von den Beamten durchsucht, während sie beschimpft und heftig geschlagen wurden. Die Beamten belästigten auch Frauen und berührten sie am Körper. Sie zwangen die Frauen nicht, sich auszuziehen, sondern befahlen ihnen, aufzustehen, und dann berührten [die Beamten] ihre Körper. Der Befragte erklärte, dass einige der Frauen schrien, während ihre Körper berührt wurden, und dass die Beamten sie schlugen und ihnen sagten, sie sollten aufhören zu schreien." *Testimony Pushback 24.08.2021 - BVMN*[15]

"Sie durchsuchten uns nackt im Wald. Sie durchsuchten zuerst die Kleidung, überall. Sie durchsuchten alles. Selbst wenn sie Geld fanden, dachten sie, dass man mehr Geld hat. Du ziehst dich aus und sie durchsuchen deinen Intimbereich, auch dein Inneres." Die gleiche Methode galt für alle, auch für die schwangere Frau. Sie durchsuchten alles. Es waren nur männliche Beamte anwesend. *Testimony Pushback 18.09.2021 – Mare Liberum*[16]

"Wir wurden von den griechischen Behörden aufgegriffen. [H5] Wir wurden auf einer Station der Hafenbehörde in Gewahrsam genommen. Wir wurden separiert. [...] In einem anderen Raum wurde ich einer unglaublich invasiven 'Leibesvisitation' unterzogen, die ich eigentlich eher als sexuelle Belästigung/ sexuellen Übergriff bezeichnen würde [...]. Ich habe in der Kriminalpsychiatrie gearbeitet und weiß, wie eine Leibesvisitation, die dem Schutz der Beamten und der Suche nach illegalem Schmuggelgut dient, auszusehen hat. Und das war nicht der Fall. Das war reine Einschüchterung und es war unglaublich unangebracht und invasiv." *Testimony - Anhörung der UN Sonderberichts-erstatterin für die Situation von Menschen-rechtsverteidiger:innen*[17]

Folter

„Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden." *Artikel 5 der Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1984*

„Der Ausdruck «Folter» [bezeichnet] jede Handlung, durch die einer Person vorsätzlich große körperliche oder seelische Schmerzen oder Leiden zugefügt werden, zum Beispiel um von ihr oder einem Dritten eine Aussage oder ein Geständnis zu erlangen, um sie für eine tatsächlich oder mutmaßlich von ihr oder einem Dritten begangene Tat zu bestrafen, um sie oder einen Dritten einzuschüchtern oder zu nötigen oder aus einem anderen, auf irgendeiner Art von Diskriminierung beruhenden Grund, wenn diese Schmerzen oder Leiden von einem Angehörigen des öffentlichen Dienstes oder einer anderen in amtlicher Eigenschaft handelnden Person, auf

deren Veranlassung oder mit deren ausdrücklichem oder stillschweigendem Einver-ständnis verursacht werden. Der Ausdruck umfasst nicht Schmerzen oder Leiden, die sich lediglich aus gesetzlich zulässigen Sanktionen ergeben, dazu gehören oder damit verbunden sind." *Artikel 1 des UN-Antifolterkonvention (Überein-kommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe) von 1984.*

Am 19. September 2021 verließ ein Holzschiff mit ca. 150 Personen die türkische Stadt Izmir mit dem Ziel Italien. Am 22. September erreichten sie italienische Gewässer. Dort fiel der Motor des Schiffes aus und Wasser drang in das Schiff ein.

Der Öltanker Aristotanis, der auf dem Weg nach Ägypten war, nahm die Menschen in Seenot an Bord. Dabei stürzte eine schwangere Frau ins Meer und konnte nicht mehr gefunden und gerettet werden. Anschließend setzte der Tanker seine Fahrt in Richtung Griechenland fort, wo die geretteten Menschen in Chania auf Kreta von Bord gehen sollten. Angeblich weigerten sich die Menschen griechischen Boden zu betreten und forderten nach Italien gebracht zu werden. Bilder der Menschen an Bord zeigten eine starke Präsenz von „Männer[n] in Uniformen der Spezialeinheiten, die sich von den regulären Uniformen der griechischen Küstenwache unterscheiden, mit schwarzen Handschuhen und die Gesichter verdeckt hinter Sturmhauben."[19]

Zu diesem Zeitpunkt waren bereits mehrere solidarische Gruppen involviert und nationale Journalist:innen berichteten über den Fall. Viele befürchteten einen Pushback der Menschen. Die griechische Küstenwache hatte bereits in der Vergangenheit Pushbacks über Distanzen von hunderten Kilometern durchgeführt obwohl darüber in der Öffentlichkeit berichtet wurde. (Vgl. den durch Alarmphone dokumentierten Pushback von 197 Menschen von Keta in die Türkei)[20]

In der Nacht wurden die Menschen dann unter Anwendung von Gewalt an Land gebracht und in einem Kindergarten untergebracht, wo sie geschlagen wurden, weder essen noch Trinken erhielten und keinen Zugang zu Toiletten hatten. Laut Zeug:innenaussagen wurden in den folgenden Tage mehrere Menschen gefoltert, um herauszufinden, wer das Boot steuerte. *Folter Testimony 19.09.2021*[18]

Sprachnachrichten von einem der Betroffenen:

„Genosse, wir verließen Izmir mit dem Schiff. Wir waren in der Nähe von Italien. Unser Schiff begann zu sinken. Zu diesem Zeitpunkt [wurden wir] von einem anderen Schiff gerettet. Dieses Schiff brachte uns nach Griechenland und übergab uns hier der Polizei."

„Nun, Genosse, sie [‚Ich glaube, die Spezialeinheiten'] brachten uns zu... es ist ein Kindergarten. Er hat einen Hinterhof. Sie haben ein paar Sachen auf den Boden geworfen [damit wir schlafen können]. Wir sind hier. Unser Bereich ist mit einem Band abgesperrt. Unser größtes Problem hat mit dem Kapitän zu tun, der das Schiff gesteuert hat. Sie [die Polizei] sagen, dass er unter uns

ist. Sie sagen: 'Sagt uns, wer von euch es ist.' Da wir in der Nacht an Bord des Schiffes kamen, kennen wir ihn nicht. Sie haben uns an einen Ort unter Deck gebracht, wir haben uns nicht getroffen. Wir sind nicht neben ihnen geblieben. Gestern wurde deshalb eine Menge Druck ausgeübt. Sie haben großen psychologischen Druck auf uns ausgeübt. Ich meine, sie haben Druck auf die ganzen Jugendlichen ausgeübt. Sie haben sie geschlagen. Einer wurde verhaftet. Er wurde gestern Abend entführt und kam nicht zurück. Am Abend haben sie einen Freund mitgenommen. Sie legten ihm etwas um den Hals und warfen ihn ins Wasser; sie folterten ihn. Einem anderen Freund haben sie das Bein gebrochen. Sie brachen oder zertrampelten seinen Fuß. Sie zertrampelten seine Hand. Sie versetzten ihn in einen schrecklichen Zustand. Wir wissen nicht, ob wir bleiben werden oder ob sie uns an einen anderen Ort bringen werden, sie haben uns keine Informationen gegeben."

Ein besonders brutaler Pushback ereignete sich Anfang Dezember 2020. Der Versuch von 31 Menschen, Europa zu erreichen, wurde zu einer fünftägigen Odyssee, bei der sie schwer geschlagen, von Land verschleppt, ihre Familien gewaltsam getrennt, auf einer Militärbasis psychischen und physischen Foltermethoden ausgesetzt, mit Gewehren und Tränengas beschossen, von Hunden angegriffen und auf dem Meer ausgesetzt wurden.

„[Dann] fingen sie an, in die Luft zu schießen, also schossen sie. Ich rannte weg, mit den anderen gingen wir ins Wasser und sie begannen mit Tränengas [auf uns zu schießen]. Die zwei kleinen LKWs [mit festmontierten] Gewehren, die da waren, [...] fangen auch an, ins Wasser zu schießen. Sie fangen an, uns zu schlagen, zu schlagen, zu schlagen. Sie schlugen uns [und] sie schossen Tränengas auf uns. Sie schlugen uns, sie schlugen uns, sie schlugen uns, sie schlugen uns, sie schlugen uns und zerschmetterten unsere Köpfe. Der andere, der [kann] nicht schwimmen [...], einer unserer Brüder will ihn retten. So schlägt er [Soldat] meinen Bruder in die Rippen [...]. Er versucht [trotzdem] ihn im Wasser [vor dem Ertrinken] zu retten. So haben sie uns geschlagen." Einer der Männer überlebte den Gewaltexzess nur, weil er von seinen Freunden in der Rettungsinsel wiederbelebt wurde. „Ich rufe ihn, ich sage 'Mamadou Mamadou'. Sein Name war Mamadou. Er ist nicht mehr aufgewacht. So, da er nicht aufwacht, mache ich mir Sorgen um ihn, [...] ich rufe ihn wieder, ich rufe ihn wieder: 'Mamadou', er antwortet nicht. Ich schlage ihn auch, ich sehe, dass er nicht atmet. Ich öffne seinen Mund. Als ich seinen Mund öffne, setze ich meinen Mund ein, ich pumpe, dann pumpe ich in seinen Mund. Ich denke, er atmet ein bisschen, er atmet nicht. Dann pumpe ich zum zweiten Mal ein bisschen. Als ich es zum zweiten Mal mache, hustet er ein bisschen. [...] Jetzt atmet er, jetzt atmet er." *Pushback Testimony 05.-08.12.2020 - Mare Liberum*[21]

Das folgende Testimony berichtet von einem brutalen Pushback am Grenzfluss Evros im Oktober 2020. Auch wenn es regional nicht in der Ägäis zu verorten ist, so zeigt es doch, wie systematisch Folter an der griechisch-türkischen Grenze eingesetzt wird.

„Sie haben alle 70 Leute in das Auto [Transporter] gepackt. Wir konnten eine Stunde lang nicht atmen. Mit diesem Auto fuhren sie zum Fluss. Wir stiegen aus dem Auto, während sie auf uns einschlugen. Wir waren ohne Kleidung, in unserer Unterwäsche, ohne Schuhe. Die 'Kommandos' [griechische Grenzpolizei] sagten uns, wir sollten uns in einer Reihe hinsetzen, den Kopf senken und sie nicht ansehen. Sie fragten, ob jemand Englisch spreche. Ich dachte, wenn wir kein Englisch sprechen, werden sie uns schlagen, aber wenn wir Englisch sprechen, weiß ich es nicht.

Ich sagte ihm: 'Ja, ich spreche Englisch'. Er sagte mir, ich solle aufstehen und hielt eine Waffe an mein Auge. Er schrie: 'Wenn du noch einmal nach Griechenland kommst, werde ich dich töten! Die Waffe hier. Sag deinen Freunden, dass ich dich töten werde! Ich bin von der Privatarmee in Griechenland! Wenn du wieder nach Griechenland kommst, werde ich dich töten!' Die Waffe war auf meinem Kopf und meinem Auge und dann schlug er mich. Er schlug mich, schlug mich und sagte dann zu mir: 'Jetzt will ich nicht dich schlagen, ich will diese bösen Flüchtlinge schlagen.' Ich glaube, er war ein Polizist, aber er hatte eine Maske auf und ich konnte nur sein Auge sehen. Er trug schwarze Handschuhe und Stiefel. Er war sehr groß. Ich bin 184 cm groß und er war größer als ich. Nachdem er mich geschlagen hatte, sagte er zu mir: "Setz dich auf die andere Seite und schau zu, wie ich deine Kollegen und Flüchtlinge schlage. Zwei 'Kommandos' auf jeder Seite, die alle Leute anschreien. In sein Auge, in sein Bein, in seine Hände, in seinen Kopf, sie schlugen ein oder zwei Stunden lang auf alle Menschen ein. Ja, auch die Frauen. Nur bei mir hat er die Waffe an mein Auge gehalten und mich nicht mit der Waffe geschlagen. Alle anderen Menschen schlug er auf die Beine und die Hände. Einem anderen hat er ins Auge geschlagen, ein anderer konnte nicht mehr atmen, ein anderer hat geschrien. Er sagte uns: "Wenn ihr noch einmal nach Griechenland kommt, werde ich euch töten! Wir werden euch töten!' Wir waren etwa 80 Personen und auf jeder Seite standen zwei [Polizisten]. [Sie schlugen uns] eine oder zwei Stunden lang, ich weiß es nicht mehr." *Pushback Testimony 13.10.2020*[22]

VERÄNDERUNG DER FLUCHTROUTEN

Aus den Orten, an denen die türkische Küstenwache Menschen aufliest, können wir Rückschlüsse auf die Routen ziehen, die von Flüchtenden in der Ägäis genutzt werden. Dabei ist es jedoch häufig schwer zuzuordnen, welche ägäische Insel das ursprüngliche Ziel war, da die griechische Küstenwache die Menschen oft an Stellen auf dem Meer aussetzt, die kilometerweit entfernt von dem Ort sind, an dem das Boot gestoppt wurde. Grundsätzlich stellen wir aber fest, dass die Überfahrten sich im letzten Jahr relativ gleichmäßig über die ganze Ägäis strecken. Während 2020 und auch zu Anfang dieses Jahres vor allem die Gegend um Lesbos für viele Pushbacks bekannt war, sind über die letzten Monate sehr viele Menschen vor Samos, Chios, Kos und auch vor Rhodos zurückgedrängt worden.

Eine wichtige Entwicklung des letzten Jahres ist die verstärkte Nutzung der Route von der Türkei nach Italien. Diese sogenannte Calabria Route umgeht griechisches Festland, führt jedoch in der Regel durch griechische Territorialgewässer. Dass die Route genutzt wird, ist seit Jahren bekannt. Flüchtende sind dabei tagelang auf dem Wasser und dem offenen Mittelmeer ausgesetzt. Sie setzen meist in überfüllten Fracht- oder Segelschiffen über. Die Menschen befinden sich dabei häufig unter Deck, bei Schiffbruch eine "Todesfalle". Die großen Schiffe sind im Vergleich zu Schlauchbooten auch schwieriger zu steuern. Die systematische Kriminalisierung der Personen, die die Boote der Flüchtenden steuern in Griechenland[23] und Italien[24] führt vermutlich dazu, dass es Personen sind, die unter Druck die Aufgabe das

Schiff zu steuern übernehmen und nicht unbedingt die nötige Expertise haben. Auch dieser Faktor macht die lange Überfahrt von der Türkei nach Italien um einiges gefährlicher und tödlicher (siehe Kapitel "Ertrunkene und Vermisste").

Die Route nach Calabria ist dabei nicht nur um einiges gefährlicher, sondern auch sehr viel teurer als die Überfahrt in der Ägäis. Dass sie über das letzte Jahr so verstärkt genutzt wird, ist mit Sicherheit auch durch die systematischen und brutalen Pushbacks der griechischen Küstenwache zu erklären. Während 2020 2.507 Menschen aus der Türkei über das Mittelmeer direkt nach Italien geflohen sind, waren es zwischen Januar und November 2021 bereits 11.616 Personen.[25]

Auch auf der Calabria Route finden Pushbacks statt. Es gibt mehrere Berichte über Schiffe mit Flüchtenden, die auf dem Weg nach Italien in Seenot gerieten oder von der griechischen Küstenwache abgefangen wurden, woraufhin sich ihre Spur verlor. Es ist davon auszugehen, dass diese Menschen in türkischen Gewässern ausgesetzt wurden. Wie bereits erwähnt wissen wir nicht immer, wo die Menschen, die die türkische Küstenwache findet, vorher waren. Es gibt viele Fälle in denen Gruppen mit 70 bis 120 Personen in Rettungsinseln gefunden werden. Die meisten Menschen, die in Booten über die Ägäis fliehen, tun dies in Schlauchbooten mit ca. 20 bis 30 Personen an Bord. Wenn also große Gruppen zurückgedrängt werden, ist es möglich, dass es sich entweder um Sammel-Pushbacks handelt, also mehrere Gruppen auf dem Meer oder den Inseln aufgelesen und gemeinsam wieder ausgesetzt werden. Oder aber es sind Gruppen, die von einem der größeren Schiffe auf dem Weg nach Italien gestoppt und zurück in die Ägäis gebracht wurden. Dass die griechische Küstenwache bereit ist, diese langen und aufwendigen Pushbacks durchzuführen, zeigt sich unter anderem an einem gescheiterten Pushback Ende Oktober 2021. Fast 400 Menschen gerieten mit einem Frachtschiff in der Nähe der Insel Chrysi in Seenot. Zunächst schien es, als wollte die griechische Küstenwache sie illegal in die Türkei zurückbringen, entschied sich dann aber, vermutlich aufgrund von öffentlichem Druck, dagegen. Trotzdem wurde das Schiff tagelang von der griechischen Küstenwache von Insel zu Insel gezogen, bevor die Menschen an Bord letztendlich nach Kos gebracht wurden.[26] In einem anderen Fall wurden 82 Menschen, die auf dem Weg nach Italien einen Motorschaden an ihrem Schiff hatten und deshalb auf Kastellorizo anlegen mussten in vier Rettungsinseln auf dem Meer zwischen Samos und Kuşadası ausgesetzt.[27]

Die vermehrte Nutzung der Calabria Route zeigt, dass die Abschottungspolitik Griechenlands und der EU nicht nur menschenfeindlich ist, sondern zudem zu nichts führt. Es ist nicht möglich, Europa abzuschotten und Fluchtrouten zu schließen. Die genutzten Routen verschieben sich, werden immer gefährlicher und fordern immer mehr Opfer. Sichere Fluchtwege sind die einzige Möglichkeit die Gewalt und das Sterben im Mittelmeer und an allen anderen EU-Außengrenzen zu verhindern.

ERTRUNKENE UND VERMISSTE

Obwohl die Ägäis im Vergleich zu anderen Fluchtrouten über das Mittelmeer auf Grund der kurzen Distanzen zwischen dem türkischen Festland und den griechischen Inseln als verhältnismäßig sicher gilt, ist es nach wie vor eine Route, die viele Menschenleben fordert.

Laut der International Organization for Migration (IOM) sind seit 2014 1.865 Menschen in der Ägäis ertrunken.[28] Laut dem United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) sind es im gleichen Zeitraum 2.104 Menschen.[29] Für das Jahr 2021 führen beide Organisationen ebenfalls sehr unterschiedliche Zahlen an. Laut IOM gab es 111 Tote und Vermisste und laut UNHCR 53. Die signifikante Diskrepanz in den Statistiken von IOM und UNHCR über Tote und Vermisste im östlichen Mittelmeer, lässt vermuten wie hoch die Dunkelziffer ist. Fälle werden nur in die Statistik aufgenommen, wenn es dafür offizielle Quellen oder publizierte Artikel gibt.

Viele der Ertrunkenen werden jedoch nie gefunden und ihre Namen bleiben unbekannt. Das macht es vor allem für ihre Familien und Freund:innen nahezu unmöglich, etwas über den Verbleib ihrer Angehörigen zu erfahren. Sie sind gezwungen, mit der unerträglichen Ungewissheit zu leben. Oft hoffen und suchen Menschen jahrelang. Eine Frau im ehemaligen Camp Moria auf Lesbos erzählte uns von einer Mutter in Afghanistan, die sich weigerte, ihr Dorf zu verlassen, obwohl die Taliban auf

dem Vormarsch waren. Sie sagte, sie könne nicht weggehen, weil ihr Sohn, der auf seiner Reise nach Europa verschollen war, sie sonst nicht finden könnte, wenn er zurückkäme.

Die Ägäis bleibt eine gefährliche und viel zu oft tödliche Route. Als der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis am 30. September 2021 in einem Interview mit dem New York Times-Journalisten Steven Erlanger sagte: "In diesem Jahr ist niemand in der Ägäis ertrunken"[30] war dies nicht nur eine Lüge, sondern auch eine absolute Respektlosigkeit gegenüber denjenigen, die ihr Leben verloren haben, sowie deren Familienangehörigen. Laut IOM 111 Menschen sind 2021 in der Ägäis und anderen Gewässern zwischen der Türkei und Griechenland ertrunken, als sie versuchten, Europa zu erreichen:[31]

In dem Fall vom 30. Juli 2021, kenterte am Lamna-Riff nördlich von Lesvos ein Boot auf dem Weg von der Türkei nach Lesbos. Die griechische Küstenwache initiierte die Suche nach Überlebenden und forderte Unterstützung von Schiffen in der Umgebung an. Als die Nomad, ein voll ausgestattetes ziviles Rettungsboot kurze Zeit später eintraf, wurde sie von den zuständigen Behörden beordert, in den Hafen zurückzukehren. Der Kapitän, ein ortsansässiger Fischer, wurde daraufhin aufgefordert, sich stattdessen mit seinem hölzernen Fischerboot an der Suche zu beteiligen. Eine in Anbetracht der Situation völlig unverständliche Anordnung. Es scheint, dass der Widerwille der Behörden, mit den NGOs zusammenzuarbeiten, größer war als die Notwendigkeit, Überlebende zu finden. Zwei, bei dem Unglück vermisste, Frauen und ein Kind wurden nie gefunden. Die Nomad wurde weder davor noch danach jemals wieder von der Küstenwache für eine Suchaktion angefordert - ohne welche sie nicht operieren darf.[32]

Die Militarisierung der Ägäis und die systematische Durchführung illegaler Pushbacks haben die Überquerung der kürzesten Strecken zwischen türkischen Festland und den griechischen Inseln fast unmöglich gemacht. Im Zuge dessen nutzen Flüchtende immer gefährlichere Routen, um nach Europa zu gelangen. So ist 2021 ein Großteil der Flüchtenden auf den Calabria Route von der Türkei nach Italien ums Leben gekommen (siehe Kapitel 'Veränderun der Fluchtrouten').

TODESOPFER IN DER ÄGÄIS

- 19. Januar 2021: Ein Mann ertrinkt in der Nähe von Lesbos
- 24. Januar 2021: Eine Person wird tot in türkischen Gewässern gefunden
- 19. März 2021: Vier Menschen ertrinken, die von der griechischen Küstenwache im Rahmen eines brutalen Pushbacks ins Wasser geworfen wurden; Herkunft: vermutlich Sierra Leone
- 22. Juli 2021: Acht Menschen werden nach einem Schiffsunglück südöstlich von Kreta vermisst; Herkunft: Syrien und Irak
- 30. Juli 2021: Zwei Frauen und ein Kind werden nach einem Schiffsunglück in der Nähe von Lesbos vermisst; Herkunft: Syrien und Irak, Demokratische Republik Kongo
- 14. September 2021: Mindestens zwei Vermisste nach einem Pushback von Samos
- 20. September 2021: zwei Leichen werden in türkischen Gewässern gefunden
- 26. Oktober 2021: Vier Tote und mindestens eine vermisste Person nach Schiffbruch in der Nähe von Chios; Herkunft: Somalia
- 5. November 2021: zwei Tote und mindestens eine Vermisste bei Schiffsunglück in der Nähe von Bodrum
- 11. November 2021: eine Person ertrinkt in der Nähe von Didim; Herkunft: Irak
- 19. November 2021: eine Person stirbt im Krankenhaus in Antalya nach einem Schiffsunglück auf dem Weg nach Zypern
- 21. November 2021: eine Person stirbt nach einem Schiffsunglück bei Kreta
- 3. Dezember 2021: zwei Menschen ertrinken nordöstlich von Kos
- 21. Dezember 2021: vier Leichen werden nach einem Schiffbruch bei Folegandros gefunden, 33 weitere Personen werden vermisst und sind vermutlich ertrunken
- 24. Dezember 2021: elf Menschen sterben nach einem Schiffbruch bei Anthikytera
- 25. Dezember 2021: 22 Menschen sterben bei einem Schiffbruch bei Paros, drei Menschen werden vermisst
- 28. Dezember 2021: zwei Frauen sterben bei einem Schiffbruch bei İzmir; Herkunft: Somalia

ANKÜNFTE AUF DEN INSELN

4.109 Flüchtende haben laut UNHCR[33] im Jahr 2021 Griechenland über das Meer erreicht. Im vergangenen Jahr waren es noch mehr als doppelt so viele. Diese offiziellen Zahlen beziehen sich jedoch nur auf diejenigen Personen, die in Griechenland angekommen und offiziell registriert worden sind. Viele der Menschen, die erfolgreich die Ägäis überquert haben und bereits auf einer der griechischen Inseln angekommen waren, wurden zurück in türkische Gewässer gebracht und dort ausgesetzt. Wir haben im letzten Jahr 34 solcher Fälle verzeichnet. Diese Art von Pushback ist schwer zu dokumentieren, weshalb davon ausgegangen werden kann, dass deutlich mehr Menschen zurückgedrängt werden, nachdem sie bereits griechisches Festland erreicht hatten. Neben anderen berichten die NGOs Aegean Boat Report und Alarmphone über Ankünfte auf den verschiedenen ägäischen Inseln. Es ist generell schwer herauszufinden, wie viele der Menschen, die in die Türkei zurückgedrängt wurden, sich bereits an Land befanden, da sich Gruppen oftmals trennen oder getrennt werden und zudem nicht zusammen registriert oder zurückgedrängt werden. Beim Vergleich der von den NGOs dokumentierten Ankünfte und der Angaben griechischer Behörden zu den Ankünften und der Zahlen zu den Pushbacks, die die türkische Küstenwache verzeichnet, wird deutlich, dass es große Unstimmigkeiten in den offiziellen Angaben zu Ankünften und Pushbacks gibt und

es eine große Anzahl undokumentierter "im Verborgenen" durchgeführte und illegale Pushbacks geben muss. In einer Pressemitteilung sagte der griechische Minister Plakiotakis: "Griechenland wird weiterhin Leben retten, die andere in der Ägäis und im östlichen Mittelmeer in Gefahr bringen. Im Jahr 2021 wurden insgesamt mehr als 1.450 Such- und Rettungsaktionen durchgeführt und mehr als 29.000 Menschen gerettet." (Greece will continue to save lives that others put in danger in the Aegean and in the eastern Mediterranean. In total in 2021, more than 1.450 Search and Rescue operations have been carried out and more than 29.000 people have been rescued.)[34] Es stellt sich nun die Frage, was mit den ca. 25.000 Menschen, die angeblich von der griechischen Küstenwache gerettet wurden und nicht in der o.g. Statistik zu Ankünften auftauchen, passiert ist. Es ist unwahrscheinlich, dass sich all diese Menschen unregistriert und unbemerkt auf den ägäischen Inseln aufhalten. Viel eher wurden sie illegal zurück in türkische Gewässer gebracht.[35] D.h. falls die Angaben des griechischen Ministers stimmen, muss es 2021 noch deutlich mehr Pushbacks gegeben haben, als wir vermuten.

„LEBEN AUF EINER INSEL, AUF DER FRÜHER GEFLÜCHTETE ANKAMEN“

Der folgende Text wurde von Ermioni, einer Aktivistin aus Chios, verfasst.

Die Menschen, die auf den Inseln leben, haben eine besondere Beziehung zum Meer: Es ist in jedem Moment unseres Lebens präsent; es ist die Barriere und die "Straße", die Verbindung mit dem Rest der Welt; Fracht- und Segelboote fahren auf und ab; und manchmal könnte man meinen, dass die weißen Segel der Segelboote auf dem tiefen Blau nur dazu da sind, den Tourist:innen, die uns besuchen, einen malerischen Anblick zu bieten. Das Meer ist nicht nur im Sommer zum Schwimmen da; es ist nicht nur eine Attraktion für die Tourist:innen. Die raue See isoliert die Inselbewohner:innen im Winter; die Regale in den Geschäften sind leer, wenn die Boote die Inseln wegen des Wetters nicht erreichen können. Und doch lieben wir das Meer, es ist Teil unserer Identität; wir lernen schwimmen, wie wir laufen und sprechen lernen...

Es kamen immer wieder Geflüchtete auf die Inseln, bis zum Frühjahr 2015 in geringerer Zahl (2014 kamen 43.318 Menschen in Griechenland an, sowohl auf dem Wasser als auch auf dem Land). In der zweiten Hälfte des Jahres 2015 nahmen die "Flüchtlingsströme" zu. Tausende von Menschen kamen auf den Inseln der nördlichen Ägäis an. Bis zum Herbst 2015, als die Balkanroute noch offen war, kamen die Menschen an den Inseln vorbei, blieben ein paar Tage und reisten dann nach Athen, um ihre Reise nach Europa fortzusetzen.

Die griechische Gesellschaft zeigte sich solidarisch. Doch die Dinge änderten sich allmählich, und das Abkommen zwischen der EU und der Türkei im März 2016 setzte der lokalen Solidarität ein Ende. Die Menschen saßen auf den Inseln fest, die unzureichenden Lager waren überfüllt und die Einheimischen begannen zu begreifen, dass die Menschen für unbestimmte Zeit auf den Inseln bleiben würden. Die Erzählung änderte sich; sie waren nicht mehr die armen Menschen, die vom Krieg verfolgt wurden, sondern wurden zu Feinden, die unser Wohlergehen bedrohten.

Die Politik der EU und der griechischen Regierungen förderte Nationalismus, Rassismus und Faschismus. Geflüchtete, die an den Küsten ankamen, wurden als "Eindringlinge" betrachtet, die mit dem Ziel kamen, "die Bevölkerung der Inseln zu islamisieren" und Erdoğans Pläne zur "Eroberung der Inseln der Nordägäis" umzusetzen. Es ist eine Tatsache, dass Erdoğan kein unkomplizierter Nachbar ist, aber diese Argumente haben den Rassismus in den lokalen Gesellschaften eskalieren lassen. NGOs und lokale Basis-Solidaritätsgruppen wurden beschuldigt, die Ankunft von Geflüchteten zu unterstützen, um weiterhin Finanzmittel zu erhalten, selbst in Fällen, in denen keine Mittel bereitgestellt wurden. Seenotrettungsteams wurden aus den Meeren verbannt. Die Lebensbedingungen in den Lagern verschlechterten sich, die Asylverfahren wurden langsamer und die Menschen mussten ums Überleben kämpfen.

Als die griechische Regierung 2019 wechselte, änderte sich die Asylgesetzgebung und es wurde für Geflüchtete noch schwieriger, Papiere zu erhalten und auf das griechische Festland oder in andere europäische Länder reisen zu können. Im Februar und März 2020, während der Ereignisse am Fluss Evros,* kam die neue Regierungspolitik zum Einsatz: Geflüchtete, die an den Küsten ankamen, verschwanden auf mysteriöse Weise, und nach und nach tauchten Beweise auf, dass sie in die Türkei zurückgeschickt wurden. Schließlich wurde uns klar, dass der neue Plan nicht nur darin bestand, Pushbacks auf dem Meer durchzuführen (indem Wellen erzeugt oder überfüllte Schlauchboote in türkische Gewässer gezogen wurden). Es ging auch darum, dass die griechische Küstenwache sie gewaltsam in Rettungsinseln (Rettungsboote ohne Motor) setzte und sie einfach in türkischen Gewässern stranden ließ.

NGOs und Basisgruppen begannen, all diese neuen Fälle von Pushbacks zu registrieren. Die Zeug:innenaussagen (Fotos und Nachrichten) wurden von den Geflüchtete selbst oder von der türkischen Küstenwache veröffentlicht. Die meisten Gruppen, die die Pushback-Fälle und das Verschwinden der Geflüchtete von den Inseln veröffentlichten, wurden vom griechischen Staat beschuldigt, Schmuggler:innen und türkische Spion:innen zu sein. Die gleiche Politik wird gegenüber Einzelpersonen, Anwält:innen oder Menschen verfolgt, die sich auf andere Weise solidarisch zeigen und versuchen, die auf den Inseln angekommenen Geflüchtete zu treffen und sie bei ihren Bemühungen zu unterstützen, sich ordnungsgemäß registrieren zu lassen und Asyl zu beantragen. Solidarität ist ein Verbrechen, so die griechische Regierung. Und all dies geschah mit der (politischen und finanziellen) Unterstützung der "humanitären" EU.

Die ständigen Pushbacks (auf dem Meer, aber vor allem das "Verschwinden" von Menschen, die auf den Inseln ankommen) und die schrecklichen Bedingungen in den Lagern führten zu einer Änderung der Reiserouten. Anstatt zu versuchen, die

nahegelegenen Inseln (fünf bis zehn Meilen von der türkischen Küste entfernt) zu erreichen, versuchen die Flüchtenden nun mit größeren, nicht seetüchtigen Booten, die italienische Küste zu erreichen. Dies ist eine viel gefährlichere Reise, die tragischerweise bereits zu Dutzenden von Toten in der Ägäis geführt hat.

Es ist ärgerlich, dass die Menschen, die es wollen, nicht helfen können. Selbst wenn wir wissen, dass Menschen an den Küsten der Inseln angekommen sind, sind wir nicht in der Lage, nach ihnen zu suchen oder sie dabei zu unterstützen, die zuständigen Behörden zu erreichen, um Asyl zu beantragen. Diejenigen, die es wagten zu helfen, selbst wenn es sich um Anwält:innen handelte, fanden sich auf Polizeistationen wieder, wurden verhört und beschuldigt, Schmuggler:innen oder Spion:innen zu sein. Diejenigen, die sich gegen diese Politik wehren, werden vom Staat und den lokalen Gemeinschaften als Antigriech:innen und türkische Propagandist:innen beschimpft. Die lokalen Gesellschaften sind froh, dass Griechenland "endlich seine Grenzen bewacht" und dabei das Seerecht und das Völkerrecht ignoriert.

All diese Ereignisse gelangen nicht in die Presse, nicht einmal als kleine Nachrichten. Es gibt nur sehr wenige Medien in Griechenland, die Nachrichten über die Verbrechen an den Grenzen veröffentlichen. Die gängige Berichterstattung dreht sich um das Recht des griechischen Staates, seine Grenzen zu schützen und den türkischen Nationalismus zu bekämpfen, indem griechischer Nationalismus, Rassismus und Faschismus gefördert werden.

In all diesen Jahren hat sich also die Art und Weise, wie wir das Meer wahrnehmen, verändert. Anstatt weiße Segel zu sehen, sehen wir Kriegsschiffe, griechische, türkische oder NATO-Schiffe, die den schmalen Streifen zwischen den griechischen Inseln und der türkischen Küste durchqueren. Anstatt an schöne Sandstrände zu denken, sehen wir die Leichen von Erwachsenen und Kindern auf dem goldenen Sand liegen. Das Meer, unser Meer, ist jetzt das Grab von Dutzenden unschuldiger Menschen ohne Namen, die vor Krieg oder Armut zu fliehen versuchten.

Das lässt sich nicht ändern, indem man diese Politik nur in Griechenland bekämpft. Es ist ein europäisches Problem, denn die Politik des griechischen Staates wird von vielen anderen europäischen Regierungen heimtückisch unterstützt, und ähnliche Taktiken werden über alle europäischen Grenzen hinweg angewendet. Es ist ein Kampf der Reichen gegen die Armen.

Die Rechte der Geflüchteten sind mit den Rechten von uns allen verbunden.

**Anm. d. Redaktion: Am 28. Februar 2020 deklariert die türkische Regierung eine einseitige Öffnung der Grenze zu Griechenland für Flüchtende. Mehr als zehntausend Menschen versuchen jetzt in EU-Territorium zu gelangen, um dort Asyl zu beantragen.*

PUSHBACKS IM EUROPÄISCHEN KONTEXT

Pushbacks und die tägliche Gewalt, die in der Ägäis ausgeführt wird, lassen sich nicht allein als griechisches Projekt verstehen. Denn Griechenland kann auf die Unterstützung anderer europäischer Staaten und der EU bauen. Pushbacks und Gewalt an den Grenzen wird nicht nur toleriert, sondern auch aktiv unterstützt. Der Umfang der Investitionen, die die EU in die Militarisierung der Grenze aufbringt, verdeutlicht diese Praxis: In den vergangenen Jahren flossen rund 422 Millionen Euro für den „Schutz" der Grenze von Brüssel nach Athen.[36] Die EU unterstützt Griechenland bei der gewaltsamen Abwehr von Fliehenden nicht nur finanziell, sondern auch durch die Präsenz der europäischen Grenzschutzagentur Frontex. Im Herbst 2020 wurde erstmals umfassend die aktive und passive Beteiligung von Frontex an mindestens sieben Pushbacks in der Ägäis aufgedeckt.[37] Die im November 2020 eigens von Frontex einberufene Working Group zur Aufklärung von insgesamt 13 Vorfällen in der Ägäis, konnte angeblich kein Fehlverhalten der Behörden nachweisen.[38] Die Frontex internen Kontrollmechanismen sowie ihre Rechenschaftspflicht sind eine Farce und seit der Gründung der Behörde zu hinterfragen. Anstatt dass die Kontrollmechanismen dazu beitragen würden, Verstöße und Gewalt an den Grenzen der Europäischen Union zu dokumentieren, tragen sie zur weiteren Vertuschung von Menschenrechtsverletzungen bei. In erster Linie dienen die internen Untersuchungen dazu, Frontex von jeglichem Fehlverhalten zu entlas-

ten und Gewaltausübung und Zwang zu legitimieren.[39] So betonte Frontex-Direktor Leggeri im April 2021 einmal mehr, dass weder Frontex noch die von den Mitgliedstaaten im Rahmen von Frontex-Operationen entsandten Beamt:innen an illegalen Pushbacks im maritimen Bereich beteiligt gewesen wären oder diese gedeckt hätten.[40] Mittlerweile ist aller Öffentlichkeit bekannt, dass Leggeri Menschenrechtsverletzungen wissentlich vertuschte und öffentlich log, obwohl selbst die Frontex-eigene Menschenrechtsbeauftragte von „soliden Beweisen" hinsichtlich gewaltsamer Pushbacks sprach. [41]

Der Europarat und insbesondere EU-Kommissarin Ylva Johansson kritisierten Frontex im Jahr 2021 wiederholt und verurteilten Pushbacks, ohne jedoch dabei den Anschein zu erwecken, wirklich gegen die Gewalt an den Grenzen vorgehen zu wollen.[42,43] Eine Frontex-Prüfgruppe des Europäischen Parlaments stellte offiziell fest, dass Frontex schwere Rechtsbrüche ignoriert und vertuscht hat.[44] Das EU-Parlament entschied daraufhin, zumindest 90 Millionen Euro, d.h. rund zwölf Prozent des Frontex-Budgets für das Jahr 2022, zurückzuhalten.[45]

Trotz dieser vereinzelten Verurteilungen, die in der Regel ohne jegliche Konsequenzen für Verantwortliche bleiben, gibt es noch immer keine funktionierende, unabhängige Kontrollinstanz, die die Aktivitäten von Frontex umfassend überwachen würde. Stattdessen ist die Zusammenarbeit nationaler Grenzschutzbehörden absolut undurchsichtig. Fehlende Überwachung und die Undurchsichtigkeit der Handlungen der Behörde sind auch in Zukunft ein fruchtbarer Boden für Menschenrechtsverletzungen.[46] Frontex ist nicht reformierbar, denn die Behörde verkörpert bereits in ihrer grundlegenden Struktur die rassistische Grenzpolitik der EU, die routinemäßig mit Gewalt durchgesetzt wird.[47] Für eine stärkere Überwachung von Frontex fehlt schlicht der politische Wille. Währenddessen betonen sowohl Griechenland als auch Frontex immer wieder ihre gute Zusammenarbeit beim "Schutz" der Europäischen Außengrenzen. So zum Beispiel im Mai 2021 bei einem Treffen des Frontex Direktors Leggeri mit des griechischen Premierministers Mitsotakis und des Migrationsministers Mitarakis in Athen. Alle Beteiligten beglückwünschten sich für den Rückgang der Neuankünfte auf den Inseln und feierten die „gelungene Rettung tausender Leben seit 2015".[48]

Derweil scheint sich der Ton in der Europäischen Migrations- und Asylpolitik weiter zu verschärfen. Der Rechtsruck in vielen EU-Ländern hinterlässt Spuren. Selbst die Einhaltung geringster Standards des Asylrechts scheint vielen Mitgliedstaaten mittlerweile zu weit zu gehen, wie man am wiederholten Scheitern des ohnehin alles andere als ambitionierten EU-Migrationspaktes sehen kann.[49] Eine Veränderung im Umgang mit Menschenrechtsverletzungen wird dennoch deutlich: Während in den vergangenen Jahren europäische Behörden zumeist die Existenz von Pushbacks bestritten, wird nun zunehmend unverhohlen zugegeben, dass zwanghafte Zurückweisungen durchgeführt werden. Was sich im öffentlichen Diskurs beobachten lässt, ist eine Mischung aus einerseits der Verurteilung, die in ihrer Scheinheiligkeit konsequenzlos bleibt und andererseits der Darstellung von Pushbacks als legitime und legale Praxis. Auch die Illegalität von Pushbacks könnte möglicherweise der Vergangenheit angehören, zumindest wenn es nach dem Willen zahlreicher Mitgliedstaaten geht. So wandten sich im Okto-

ber 2021 die Innen- und Migrationsminister:innen Österreichs, Bulgariens, Zyperns, Tschechiens, Dänemarks, Estlands, Griechenlands, Ungarns, Litauens, Lettlands, Polens sowie der Slowakei mit einem Schreiben an die Europäische Kommission. In diesem fordern die Minister:innen nicht weniger als eine grundlegende Reform des Schengener Grenzkodexes, um die Praxis der Pushbacks zu legalisieren. In dem Brief heißt es außerdem:

„Überwachung und Kontrolle allein seien nicht ausreichend, um Asylsuchende vom Grenzübertritt abzuhalten. Zweitens bräuchte es präventive Maßnahmen. Es sei nicht mehr zeitgemäß, dass der Schengener Grenzkodex keine physischen Barrieren vorsähe. Die Möglichkeit von Zäunen und Mauern an den europäischen Außengrenzen müsse juristisch verankert werden".[50]

Gleichzeitig verabschiedeten Polen und Litauen Gesetze auf nationalstaatlicher Ebene, die Pushbacks an der Landesgrenze ermöglichen sollen.[51,52] Was sich abzeichnet, sind Schritte zur Legalisierung von eben jenen gewaltsamen Methoden, die ohnehin bereits täglich angewendet werden. Die EU werde bedroht von außen, von „illegaler Migration und anderen hybriden Gefahren", wie es in dem Schreiben der Mitgliedstaaten weiter heißt.[53] Auch die Rhetorik lässt deutlich werden: Die EU befinde sich in einem Krieg gegen Migration. Für Fliehende bedeutet dieses Europa nicht weniger, als weiterhin tagtäglich ihr Leben riskieren zu müssen.

AUSSCHNITT EINER REDE VON DER "ABOLISH FRONTEX" INITIATIVE

[...] In einem anderen Teil des Mittelmeers, der Ägäis, ist Frontex konstant an Pushbacks beteiligt:

Am achten Oktober waren wir in Kontakt mit einer Gruppe von 25 Personen, die von der Türkei nach Griechenland in einem kleinen Schlauchboot unterwegs waren. Sie waren bereits in griechischen Gewässern als ein weißes Schiff kam und sie aus einiger Entfernung beobachtete. Schließlich kam die griechische Küstenwache, bewaffnet und maskiert, nahm den Leuten den Motor weg und schleppte das Schlauchboot zurück in türkische Gewässer wo die Menschen warten mussten, bis die türkische Küstenwache sie rettete. Dieses weiße Boot war ein italienisches Boot der Frontex Mission, die konstant Pushbacks beobachten, ohne sich selbst die Hände schmutzig zu machen.

Doch diese Angriffe auf Reisende, bei denen systematisch Gewalt eingesetzt wird, schocken mittlerweile auch nicht mehr – sie gehören schlicht und ergreifend zur Normalität des Grenzregimes, das ohne Gewalt nicht funktioniert. Es ist auch nicht so, dass irgendjemand von Frontex was anderes erwarten würde, es ist ja die Grenzschutzagentur und nicht die Menschenschutzagentur. Frontex wird seit Jahren finanziell stärker und stärker, das Budget wird weiter und weiter aufgeblasen. Ist ja auch praktisch, so können Steuergelder für die eigene Wirtschaft und als Subvention für die Rüstungsindustrie etc. eingesetzt werden. Frontex muss abgeschafft werden. Sofort. [...]

INTERVIEW LENA KARAMANIDOU

Lena Karamanidou ist unabhängige aktivis-tische Forscherin. Ihre Forschungsschwer-punkte sind das europäische Grenzregime, die EU-Agentur Frontex, Gewalt, Pushbacks und Infrastrukturen an der griechisch-türkischen Landgrenze sowie Migrationspolitik und -diskurse in der EU und Griechenland.

Das Interview wurde im Dezember 2021 geführt. Pushbacks werden im Text als PBs abgekürzt.

Mare Liberum: Die öffentliche Berichterstattung über Pushbacks hat in den letzten Jahren zugenommen, auch in den Mainstream-Medien. Seit wann wissen wir von PBs in der Ägäis?

Lena Karamanidou: Die systematische Berichterstattung und Dokumentation von PBs geht auf die Jahre 2007/2008 zurück, als Berichte von Nichtregierungsorganisationen wie Human Rights Watch und Pro Asyl veröffentlicht wurden, und hat sich seitdem fortgesetzt. Menschen, die ihren Militärdienst an der griechisch-türkischen Grenze abgeleistet haben, haben bereits in den 1980er Jahren von systematischen Pushback-Praktiken gesprochen und die Nationale Menschenrechtskommission hat in den frühen 2000er Jahren über solche Praktiken berichtet. **Von Ende der 1980er bis Anfang der 2010er Jahre** gab es mehr Berichte über PBs an der Landgrenze als in der Ägäis, da die meisten Menschen damals versuchten, über Evros und nicht über die ägäischen Inseln nach Griechenland und in die EU einzureisen. Nach 2015 verlagerte sich die Aufmerksamkeit zunehmend auf die Inseln, und seither hören wir vermehrt von PBs in der Ägäis. **Aber es war schon immer bekannt, dass es Pushbacks gibt, insbesondere an der Landgrenze.**

ML: Wenn wir auf die ersten dokumentierten PBs und aktuelle Fälle blicken, können wir PBs und andere Formen von Grenzgewalt aus der Vergangenheit mit aktuellen Entwicklungen überhaupt vergleichen? Welche Ähnlichkeiten und Unterschiede lassen sich feststellen?

LK: Es ist recht schwierig, einen angemessenen Vergleich anzustellen, da die uns vorliegenden Daten einfach nicht vergleichbar sind. Die Informationen stammen aus sehr unterschied-lichen Quellen. Einige Berichte stammen von Nichtregierungsorganisationen, andere von un-abhängigen Aktivist:innen, und viel Material ist auch in den Medien zu finden. Als Vergleichspunkt würde ich sagen, dass es im Laufe der Jahre immer wieder zu PBs gekommen ist, und zwar unabhängig von der Anzahl und der Schwere der Gewalt. **Pushbacks hat es schon immer gegeben - sie haben nicht erst im Jahr 2020 begonnen.** Nach dem, was wir wissen, haben PBs in den letzten Jahren zugenommen, insbesondere seit März 2020, wie die Akteur:innen vor Ort in Griechenland berichten. Aber auch hier wäre ich vorsichtig mit der Behauptung, dass eine bestimmte Praxis oder ein bestimmtes Muster völlig neu ist, ohne zu recherchieren, was in älteren Berichten steht.

ML: Einige Berichte legen nahe, dass PBs erst seit 2015 systematisch auftreten. Sind Sie im Gegensatz dazu der Meinung, dass bereits zuvor systematisch PBs durchgeführt wurden und es nicht nur eine signifikante Anzahl von Einzelfällen gab?

LK: Ich denke, dass das Narrativ der "Einzelfälle" für die verantwortlichen Regierungen sehr bequem ist. Es erlaubt den Regierungen, sie als einzelne Vorfälle darzustellen, anstatt die Existenz eines ganzen Systems von Grenzgewalt rechtfertigen zu müssen. In Evros zum Beispiel, wo ich aufgewachsen bin, war es stets Teil des lokalen Wissens, dass PBs durchgeführt werden. Es gibt Zeug:innenberichte aus den 1980er und 1990er Jahren, vor allem von Wehrpflichtigen, in denen es heißt, dass es ständig zu PBs kam. **All diese Berichte, die sich über so viele Jahre erstrecken, deuten eindeutig darauf hin, dass es sich um eine gängige Praxis handelt und nicht um isolierte und unzusammenhängende Ereignisse. Aufgrund dieser enormen Beharrlichkeit im Laufe der Zeit kann man nicht wirklich behaupten, dass sie einmal oder zweimal passiert sind.** Dieses Muster besteht schon seit sehr langer Zeit und wurde von der griechischen Regierung stets geleugnet. Ich glaube, dass sich das Bild heute ein wenig gewandelt hat und die Regierung PBs weit weniger leugnet. In gewisser Weise geben sie die Praxis zu, stellen PBs aber als legitime und legale Maßnahmen dar. Framing ist wichtig.

ML: Es gibt keine offiziellen Statistiken über PBs, also haben wir es mit vielen verschiedenen Quellen und Arten von Dokumentation zu tun. Wie hat sich Ihrer Meinung nach die Dokumentationspraxis seit den 90er Jahren verändert?

LK: In einigen Gebieten gibt es heute mehr Akteure vor Ort als noch vor ein oder zwei Jahrzehnten. In der Ägäis beispielsweise sind seit 2015 mehr NGOs und Aktivist:innen präsent, und es gibt auch mehr Akteur:innen, die zur Dokumentation von Grenzgewalt beitragen, wie Aegean Boat Report. Im Fall von Evros sammelt das Border Violence Monitoring Network seit 2019 aktiv Zeug:innenaussagen, zusätzlich zu griechischen NGOs wie Human-Rights360. Wir haben also viel mehr Berichte, obwohl Organisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch, Pro Asyl und der Griechische

Flüchtlingsrat auch vorher schon Zeug:innenaussagen gesammelt haben, aber eben nicht in der Regelmäßigkeit. Der zweite wichtige Punkt, insbesondere in der Ägäis, ist, dass wir mehr visuelle Dokumentation haben. **Zahlreiche Videos, die von Fliehenden, die ihre eigenen PBs dokumentieren, mit Smartphones aufgenommen wurden, werden mit NGOs und Monitoring-Organisationen geteilt. Natürlich war diese Art der visuellen Dokumentation in Zusammenhang mit der Nutzung sozialer Medien in den 1980er oder 1990er Jahren nicht möglich.**

ML: Die Dokumentation von PBs kann insbesondere im Hinblick auf die gegenwärtige Repression eine ziemliche Herausforderung darstellen. Wie haben sich die mit der Dokumentation verbundenen Herausforderungen verändert?

LK: In Evros ist der Zugang zu den Orten, an denen PBs normalerweise stattfinden, unmöglich, da das Gebiet am Fluss seit jeher ein militärisches Sperrgebiet ist und der Zugang daher verboten ist. Es besteht ein hohes Risiko, wegen Spionage verhaftet zu werden. Daher war eine visuelle Dokumentation, wie wir sie in den letzten Jahren auf den Inseln gesehen haben, immer äußerst schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Ich bin mir nicht sicher, ob in der Ägäis damals Menschen vor Ort diese Art von Dokumentation betreiben konnten. Während die visuelle Dokumentation durch Fliehende, Aktivist:innen und Organisationen zugenommen hat, hat auch die **Repression deutlich zugenommen. Sie steht in engem Zusammenhang mit der allgemeinen Kriminalisierung von Aktivist:innen und Solidarität in ganz Europa, aber speziell bei der Dokumentation von PBs in Griechenland bedient sich die Regierung verschiedener Strategien, um die Beweise zu leugnen.** Sie bezeichnen sie als "Fake News", behaupten, es gäbe keine zuverlässigen Beweise oder es handele sich um türkische Propaganda. Dies sind einige der Narrative, die die griechische Regierung verwendet, um die Beweise abzustreiten. **Die Kriminalisierung führt möglicherweise nicht zu einer tatsächlichen strafrechtlichen Verfolgung, sondern ist eher eine Einschüchterungskampagne, die über die Medien verbreitet wird und die Androhung strafrechtlicher Verfolgung nutzt, um Organisationen davon abzuhalten, Grenzgewalt zu beobachten und zu dokumentieren.**

ML: PBs sind mittlerweile recht gut dokumentiert und die Beweise für Menschenrechtsverletzungen in der Ägäis sind überwältigend. Rechtliche Konsequenzen und politische Veränderungen bleiben jedoch aus. Welche Bedeutung hat die Dokumentation von PBs angesichts der aktuellen Situation noch?

LK: Die Dokumentation der Situation an den Grenzen ist wichtig, aber gleichzeitig wäre ich nicht optimistisch, dass sich durch eine verstärkte Dokumentation wirklich etwas ändert. Auf den Inseln in der Ägäis gibt es Gruppen von Aktivist:innen und Anwält:innen, die gemeinsam versuchen, mit Hilfe von Dokumentationstechniken weitere PBs zu verhindern. Das ist besser als nichts. Aber wenn es darum geht, PBs als systematische Praxis zu stoppen, bin ich überhaupt nicht optimistisch, da das politische Klima in Europa die Praxis des PBs derzeit offen unterstützt. Außerdem gibt es immer wieder Versuche, PBs zu legalisieren. **In einem von zwölf Mitgliedsstaaten unterzeichneten Schreiben wurde die Europäische Kommission aufgefordert, den rechtlichen Rahmen des Schengen-Abkommens zu überarbeiten, um die legale Praxis von PBs zu ermöglichen.** Polen und

Litauen haben auf nationaler Ebene Gesetze zur Legalisierung von Pushbacks eingeführt. Es gibt starke Bemühungen um eine Normalisierung von PBs, anstatt sie als Praxis aufzugeben. Bedenken über Menschenrechtsverletzungen und PBs werden derzeit hauptsächlich von EU-Kommissarin Ylva Johansson geäußert. Ich denke, dass die formale Verurteilung von PBs die Tatsache verschleiert, dass die Kommission eher nicht bereit ist, ernsthafte Maßnahmen gegen die Praxis der PBs oder die Gewalt an den Grenzen im Allgemeinen zu ergreifen. Ich fürchte, dass ich hier nicht wirklich optimistisch sein kann. Wir müssen anerkennen, dass es in der Europäischen Union über die Jahre hinweg ein Narrativ gegeben hat, das tatsächlich auf menschenrechtskonforme Grenzpraktiken gedrängt hat. **Nun aber drängen die Mitgliedstaaten und die Kommission in die andere Richtung – hin zur Legalisierung und Normalisierung von Grenzgewalt und PBs.** Ich persönlich halte eine menschenrechtskonforme Grenze ohnehin für unmöglich, denn **Grenzen - ob Außen- oder Binnengrenzen - werden immer gewalttätig sein.**

ML: Kürzlich fand in Polen ein staatlich organisiertes Konzert zur Unterstützung der Truppen, die "die Grenzen schützen", statt. Würden Sie sagen, dass Europa versucht, ein neues Bild der europäischen Identität zu schaffen und zu definieren, was es bedeutet, Europa zu "verteidigen"? Gleichzeitig schrieb der griechische Minister für Migration und Asyl, Notis Mitarachis, am Tag des Papstbesuches auf Lesbos auf Twitter, dass "Griechenland unsere christlichen Werte verteidigt". Wie hängen diese Ereignisse mit dem ganzen System der Repression zusammen, welches wir jetzt beobachten?

LK: Die Ereignisse sind sicherlich miteinander verbunden, aber ich würde nicht behaupten, dass dies eine neue Dynamik ist. Das Narrativ des "christlichen Europas" oder des Schutzes Europas vor äußeren Feinden, seien es andere Länder oder Fliehende, hat es schon immer gegeben. Es war zwar weniger stark ausgeprägt als heute, aber schon zu der Zeit, als Europa als „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" konstituiert wurde, bezeichnete sie Menschen auf der Flucht als Bedrohung und Feinde Europas. Ich will nicht so weit gehen zu sagen, dass Europa eine vollständig abgeschottete Gemeinschaft oder eine "Festung Europa" ist, denn wir wissen, dass Grenzen bestimmte Menschen hereinlassen. **Außerdem gab es schon immer Menschen, die fliehen. Es ist unmöglich, eine völlig abgeschottete Gemeinschaft zu haben. Menschen werden immer Grenzen überschreiten und sie werden Wege finden, dies zu tun. Im Moment ist es vielleicht gefährlicher und es gibt mehr Menschen, die der Gewalt zum Opfer fallen, aber es wird immer wieder passieren.** Dieses ideologische Konstrukt der Bedrohung Europas von außen, insbesondere das Narrativ der "hybriden Kriege" und "hybriden Bedrohungen", ist eine Neuauflage bestehender Narrative. Diese Art von Sprache gab es schon früher, auch wenn sie nicht so populär war wie heute. Das von Ihnen erwähnte Konzert hat etwas sehr Interessantes an sich, wenn man sich die Uniformen, die Auswahl der Künstler:innen und der Lieder ansieht. Es erinnert sehr an den Zweiten Weltkrieg, als Künstler:innen zu den Truppen gingen und sangen. Es scheint derselbe Mechanismus zu sein: Wir haben Künstler:innen, die auf das Schlachtfeld gehen, um die Moral der Armee zu stärken. **Dies ist nur eine weitere Art, um zu zeigen, dass sich Europa jetzt in einem Krieg gegen Migrant:innen befindet.**

BEOBACHTUNGSMISSIONEN IN DER ÄGÄIS

In den Jahren 2015 und 2016 wurde die Ägäis zu einem der Brennpunkte einer der größten Fluchtbewegungen seit dem Zweiten Weltkrieg, als sich Hunderttausende von Familien aus kriegsgebeutelten Ländern wie Syrien, Irak und Afghanistan über die Türkei, die Ägäis, Griechenland und die Balkanstaaten auf die Suche nach einem sicheren Platz in Europa machten.[54]

Während sich viele Menschen in Europa mit den ankommenden Flüchtenden solidarisch zeigten, suchte die EU nach neuen Wegen, um die Bewegungsfreiheit einzuschränken. So wurden beispielsweise mit dem "EU-Türkei-Deal", einer im März 2016 unterzeichneten Erklärung zur Zusammenarbeit, neue Strategien und Praktiken eingeführt, die bis heute den Zugang zu Griechenland und die Bewegungsfreiheit innerhalb des Landes einschränken.[55] Im Rahmen des EU-Türkei-Abkommens gewährte die EU der Türkei humanitäre Unterstützung in Höhe von mehreren Milliarden Euro, um die türkische Infrastruktur für die Aufnahme von Flüchtenden zu stärken, wenn sich die Türkei im Gegenzug bereit erklärt, ihre Anstrengungen zur Verringerung der unerlaubten Einreisen aus der Türkei nach Griechenland zu verstärken. Die Türkei erklärte sich außerdem bereit, die Rückführung aller Flüchtenden zu akzeptieren, denen es gelungen ist, die griechischen Inseln ohne Genehmigung zu erreichen. Im Gegenzug für jeden von einer griechischen Insel in die Türkei zurückgeführte:n Syrer:in erklärte sich

die EU bereit, einen in der Türkei lebenden syrischen Geflüchteten aufzunehmen. Das Abkommen umfasste auch andere Vereinbarungen, wie die Erlaubnis für türkische Staatsangehörige, die EU ohne Visum zu besuchen.

Im Kern war der EU-Türkei-Deal eine Möglichkeit für die EU, die Türkei dafür zu bezahlen, dass sie Migrant:innen und Asylsuchende zurückhält und daran hindert, Griechenland zu erreichen, und dann die Rückkehr derjenigen zu akzeptieren, die Griechenland erreicht haben. Gleichzeitig werden Flüchtende ermutigt, in der Türkei zu warten, bis sie die Erlaubnis erhalten, Europa auf dem "richtigen" Weg zu erreichen. Die Unvereinbarkeit des EU-Türkei-Deals mit den Menschenrechten wurde in den letzten Jahren breit diskutiert.[56, 57] Neben seinen zahlreichen Auswirkungen auf die Grundrechte und -freiheiten führte das Abkommen zu einer Abschottungspolitik, die Tausende von Menschen auf den griechischen Inseln festhielt, sie an der Weiterreise zum Festland hinderte und sie zwang, für längere Zeit in überfüllten Lagern zu verharren.

Die EU zahlte hohe Summen an die Türkei und übergab mit Unterstützung der Internationalen Organisation für Migration (IOM) mehrere Hightech-Schiffe an die türkische Küstenwache, um die Such- und Rettungsaktionen sowie die Grenzpatrouillen zu verstärken. Offiziellen Statistiken der türkischen Küstenwache zufolge wurden im Jahr 2019 mehr als 60.802 Migrant:innen aufgegriffen und in die Türkei zurückgebracht.[58] Im selben Zeitraum überquerten etwa 59.726 Migrant:innen die Ägäis nach Europa.[59] Während die EU das Abkommen als Erfolg verkauft, weil es viele Menschenleben gerettet hat, bleibt die Grenze tödlich und mindestens 462 Menschen verloren zwischen 2018 und 2021 dort ihr Leben. [60]

Der EU-Türkei-Deal war eine dramatische Verschlechterung der Rechte von Flüchtenden in der Region und hatte zahlreiche Auswirkungen auf Menschen, die versuchen, Europa zu erreichen. Diese komplexen Veränderungen in einer immer weiter militarisierten Grenzzone machten deutlich, dass ein ziviles Auge auf die Entwicklungen notwendig ist. Dies war dringend notwendig, da sich die staatlichen Akteure auf See, anders als an Land, jeglicher Überwachung durch die Zivilgesellschaft entzogen hatten. Im Jahr 2017 startete Sea-Watch seine erste Überwachungsmission in der Ägäis. Ein Projekt, das mit demselben Schiff unter neuem Namen und neuer Organisation von Mare Liberum fortgesetzt werden sollte. Auf der Grundlage unserer und der Einsatzberichte von Sea-Watch möchten wir die sich in den letzten Jahren verändernde operative Möglichkeiten für Menschenrechtsbeobachtungseinsätze und Such- und Rettungsmissionen in der Ägäis betrachten.

Sea-Watch Missionen 2017

Die Die Mission von Sea-Watch begann auf dem Höhepunkt der Fluchtbewegungen nach Europa im Jahr 2015, als die Organisation mit Schnellbooten an der Küste von Lesbos operierte und innerhalb von fünf Monaten mehr als 4.000 Menschen rettete. Das Abkommen zwischen der EU und der Türkei, das 2016 in Kraft trat, führte zu einem dramatischen Rückgang der Ankünfte von Menschen auf der Flucht. In den folgenden Jahren wurden die Such- und Rettungsaktivitäten mehr und mehr auf verschiedene Akteure wie die griechische Küstenwache, Frontex und andere von der EU finanzierte staatliche Akteure übertragen. Erklärtes Ziel von Frontex und deren Einsätzen ist es, die europäischen Grenzen zu sichern und Migrationsbewegungen nach Europa zu stoppen.

Darüber hinaus hat die NATO im Februar 2016 eine Militärmission gestartet, um Frontex und die griechische und türkische Küstenwache zu unterstützen und mit ihnen zusammenzuarbeiten, um "die Stränge des Menschenhandels und der illegalen Migration zu kappen".

Während die Menschenrechte von Flüchtenden seit Beginn der Überfahrten über die Ägäis verletzt wurden, häuften sich die Berichte über Menschenrechtsverletzungen und Gewalt an der Grenze. Sogenannte Pushbacks und Pullbacks, bei denen Menschen in türkische Gewässer zurückgedrängt oder gezogen werden und ihnen somit das Recht auf Asyl in Griechenland verwehrt wird, wurden regelmäßig von der griechischen oder türkischen Küstenwache durchgeführt. Darüber hinaus gehörten gewaltsame Übergriffe, das Kentern von Booten mit Flüchtenden und Abfangmanöver zu den Standardverfahren dieser Akteure. Um wieder ein ziviles Auge in der Ägäis zu haben, beschloss Sea-Watch im Sommer 2017, seine Aktivitäten in der Region zu verlagern und sich auf die Beobachtung der Einhaltung von Menschenrechten zu fokussieren.

In dieser Zeit waren in diesem militarisierten Klima rund um Lesbos mehrere Akteure präsent, darunter viele Freiwillige und Aktivist:innen, die auf See in Solidarität mit Flüchtenden arbeiteten. Refugee4Refugees, Lighthouse Relief, Refugee Rescue und Pro Activa waren z. B. täglich an der Sichtung von ankommenden Booten und Rettungsaktionen beteiligt.

Alle diese Akteur:innen berichteten über die verstärkte Repression gegen ihre Arbeit, die sie daran hinderte, Solidarität zu zeigen und Menschen auf der Flucht zu unterstützen. NGOs, die in der Seenotrettung tätig sind, fanden sich in einem angespannten Umfeld wieder, die Zusammenarbeit mit der Küstenwache wurde von Tag zu Tag schwieriger und das Durchführen von Rettungsaktionen wurde zunehmend erschwert. Sonderregelungen machten das Patrouillieren auf See, um nach Booten in Seenot Ausschau zu halten, unmöglich, und es war erforderlich, für Einsätze 24 Stunden im Voraus eine Genehmigung der zuständigen Behörden einzuholen. Für alle möglichen "Zwischenfälle" wurden Geldstrafen von über 500 Euro gegen NGOs verhängt, und dreitägige Einsatzverbote wurden willkürlich verhängt.

Die Repression verschärfte sich auch für Organisationen, die an Land arbeiteten. Mitarbeiter:innen von NGOs, die sich mit dem Aufspüren von Booten und der ersten Hilfe für die Ankommenden befassten, wurden von Polizist:innen in Zivil mit Waffen bedroht, die Zufahrtswege zu den Beobachtungsstellen wurden zerstört, die Beobachtungsstellen wurden mit Tierkadavern verwüstet und die Aktivist:innen wurden von Behörden und lokalen rechtsextremen Gruppen bedroht.

Sea-Watch musste auch mit ständigen Schikanen durch die verschiedenen staatlichen Akteure kämpfen. Die griechische Küstenwache fuhr um die Sea-Watch herum und erzeugte Wellen, um ihre Macht zu demonstrieren. Am 26. Juli 2017 wurde das Schiff ohne einen entsprechenden Durchsuchungsbefehl durchsucht, und die Besatzung wurde von ihrem Beobachtungsort verwiesen. In den folgenden Tagen gab es mehrere Versuche, die Besatzung einzuschüchtern.

Die Liste der Schikanen war lang und all dies diente als Abschreckungsstrategie, um alle Zeug:innen zum Schweigen zu bringen, die ihre

Augen auf dem Meer hatten, wo die Küstenwache, Frontex und die NATO operierten. Die Behörden versuchten, die NGOs systematisch daran zu hindern, das Geschehen zu beobachten, obwohl sie z.B. im Falle eines großen Schiffsunglücks auf deren Unterstützung angewiesen waren. Das Ziel dieser Unterdrückung wurde vom griechischen Staatssekretär genannt, der erklärte, dass alle NGOs bis Mitte 2018 aus Griechenland verschwinden sollten.

Aufgrund der angespannten Lage und der begrenzten Einsatzmöglichkeiten hatten sich mehrere Such- und Rettungsorganisationen in den letzten Jahren endgültig aus der Ägäis zurückgezogen. Daher waren Geflüchtetenboote unerbittlich auf die Arbeit der Behörden angewiesen, Push- oder Pullbacks blieben unbemerkt und Notfälle von Booten auf See undokumentiert.

2018 übernahm Mare Liberum die Sea-Watch 1 und führte die Monitoring-Mission in der Ägäis mit einem ähnlichen Konzept fort und beobachtete die Situation auf See weiter. Während unserer dreijährigen Tätigkeit in dem Gebiet waren wir wie viele andere NGOs auf der Insel mit Schikanen und Kriminalisierung unserer Arbeit konfrontiert und erlebten mehrere Versuche, uns vom Auslaufen abzuhalten. Dazu gehörten strafrechtliche Ermittlungen gegen unsere Organisation, mehrere Auslaufverbote und Drohungen seitens der Behörden. Trotz alledem konnten wir im Jahr 2021 zwei Missionen durchführen, auf die wir näher eingehen.

Testmission Sommer 2021

Anfang Juli trafen sich sechs Aktivist:innen, um die "Mare Liberum 2" auf eine Testfahrt in der Ägäis zu schicken. Seit den Razzien, Kriminalisierungsversuchen und faschistischen Angriffen auf das Schiff "Mare Liberum 1" im Sommer 2020 war die kleine NGO nicht mehr auf See einsatzfähig. Ziel dieser Testmission war es, ein besseres Verständnis für die operativen Herausforderungen zu entwickeln und sich mit Schutzsuchenden und Solidaritätsnetzwerken über Bedürfnisse und Überschneidungen auf verschiedenen Inseln in der Ägäis auszutauschen. Ein weiterer wichtiger Aspekt war, die Situation auf anderen Hotspots der Inseln zu beleuchten, da sich das Medieninteresse weiterhin auf Moria 2.0 konzentriert.

Die Mission führte das Team von Menschenrechtsverteidiger:innen von Lesvos nach Samos, Chios und zurück nach Lesvos. Auf den Inseln machten sie es sich zur Aufgabe, Menschen auf der Flucht, lokale Aktivist:innen, kleine NGO-Akteur:innen und Netzwerke zu treffen, die sich gegen die Kriminalisierung von Migration und Solidarität einsetzen. Unter anderem traf das Team auf das wunderbare "Projekt Armonia", das viele bedürftige Menschen mit Lebensmitteln versorgt, sprach mit "Salvamento Maritimo Humanitario" über ihre medizinische Unterstützung auf Chios und mit dem "Hope Project" über ihren Kunstraum für Menschen, die auf Lesbos festsitzen. Sie trafen Rechtsnetzwerke und Berater:innen von “Equal Rights Beyond Borders”, “Refugee Law Clinic” und dem “Human Rights Legal Project” und besuchten den Schutzraum für Frauen "Glocal Roots", das "We Are One Center Samos" und die Gründerinnen der "Stop Pushbacks Campaign".

Es wurden neue Allianzen und Freundschaften geschlossen mit Menschen, die auf den Inseln festsitzen, wie Shaker, dessen Geschichte wir vor einigen Wochen veröffentlicht haben, und Ahmad, ein Videomacher und Fotograf, der mit den Kindern im Camp Vathy arbeitet. Viele Freund:innen, die das Team traf, stecken in der Schwebe zäher Asylverfahren fest, die sich oft über Jahre hinziehen – ein zermürbender Prozess, der den Menschen die Lebenszeit raubt und alle Träume und Perspektiven überschattet.

Was auffiel, war die sehr gegensätzliche Solidaritätsinfrastruktur auf den Inseln. Während wir im Zentrum von Samos viele NGOs sehen, gibt es auf Chios fast keine. Aber warum? Wir glauben, dass ein entscheidender Aspekt die Nähe im täglichen Leben ist. Während sich das Lager auf Samos direkt neben dem Stadtzentrum von Vathy befindet, sind die Menschen auf Chios im Lager Vial weit weg vom Zentrum eingeschlossen. Aus den Augen, aus dem Sinn. Dies ist ein erschreckendes Bild, vor allem angesichts der Tatsache, dass die Europäische Union im vergangenen Jahr 270 Millionen Euro in den Bau neuer Hotspot-Lager auf Samos, Leros, Kos, Chios und Lesbos investiert hat.[61] Neue Lager, die noch isolierter, geschlossener und weiter von den Städten entfernt sein werden.

Im Zeitraum der Mission kamen etwa 100 Menschen auf den Ägäischen Inseln an, während etwa 500 Menschen illegal in türkische Gewässer zurückgedrängt wurden. Wir wurden auch über Menschen informiert, die sich in den Wäldern verstecken, weil sie befürchten, nach ihrer Ankunft auf griechischem Boden zurückgeschoben zu werden. Begründete Angst, denn wie wir wissen, ist es inzwischen gängige Praxis, Menschen in

Rettungsinseln zurückzudrängen, um sie in türkisches Territorium zu schleppen – eine gravierende Verletzung der Grundrechte, während Europa genau zu dieser Zeit das 70-jährige Bestehen der Genfer Flüchtlingskonvention gefeiert hat.

Auf dem Weg zwischen den Inseln begegnete die Segelcrew zahlreichen Patrouillenschiffen der griechischen und türkischen Behörden sowie von Frontex. Die Militarisierung der europäischen Außengrenze ist ständig sichtbar und prägt die Atmosphäre auf den Inseln der Ägäis und auf See. Der Ausbau der neuen, geschlossenen Lager, die täglichen Pushbacks und die zunehmende Kriminalisierung der Migration sind höchst alarmierend. Umso mehr freuen wir uns, dass die Crew so viele Menschen getroffen hat, die ihre Rechte einfordern oder solidarisch zusammenstehen und Mare Liberum neue Beziehungen aufgebaut hat mit Menschen, die sich mit uns gegen die Festung Europa stellen.

Oktober Mission 2021

Die jüngste Monitoring Mission von Mare Liberum begann am 21. Oktober 2021 nach langer Abwesenheit aus der Ägäis, da sowohl in Griechenland als auch in Deutschland versucht wurde, die Arbeit des Teams vor Ort zu behindern. Schon vor Beginn der Mission war klar, dass die griechischen Behörden einen klaren Überblick über die Crew haben wollten und sie vor dem Ablegen mehrmals besuchten und anriefen.

Ursprünglich wollte Mare Liberum die Lage nördlich von Lesbos beobachten, wo es im letzten Jahr zu zahlreichen Pushbacks gekommen war. Auf dem Seeweg dorthin hatte das Team mehrere Begegnungen mit unterschiedlichen Behörden in der Ägäis, darunter die Hafenbehörde, die griechische Küstenwache, Frontex und die griechische Marine - ein bezeichnender Hinweis auf den Grad der Kontrolle an diesem Teil der europäischen Außengrenze. Die Mare Liberum wurde kontrolliert, verfolgt, fotografiert und schließlich schon nach wenigen Stunden aufgefordert, das Gebiet zu verlassen. Nach mehreren E-Mail-Wechseln mit den zuständigen Behörden war das Team gezwungen, den Ankerplatz im Norden der Insel am nächsten Tag um 2 Uhr morgens wieder zu verlassen und die sechsstündige Fahrt zurück zum Hafen anzutreten.

Das anfängliche Argument der Behörden lautete, dass das Schiff eine Bedrohung für die Operationen der griechischen Küstenwache und eine Gefahr für andere Boote darstelle, wenn es im Meer ankert. Später beriefen sie sich jedoch auf ein kürzlich verabschiedetes Gesetz, wonach in griechischen Gewässern tätige NRO von der Regierung registriert werden und unter dem Kommando der griechischen Küstenwache arbeiten müssen. Es handelt sich dabei um eine Erweiterung eines 2020 verabschiedeten Gesetzes, das alle zivilen Akteure, die im Bereich der Migration tätig sind, dazu verpflichtet, sich bei den griechischen Behörden registrieren zu lassen - eine nahezu unmögliche Aufgabe dank enormer Hürden, die dazu genutzt wurde, die Aktivitäten von NRO und Solidaritätsorganisationen einzuschränken. Trotz des Arguments, dass dieses Gesetz nicht für die Überwachung von Menschenrechtsverletzungen gelten sollte, wurde Mare Liberum angewiesen, in den Hafen zurückzukehren und die Überwachungstätigkeit mit sofortiger Wirkung einzustellen.

Obwohl das Team nur etwa 24 Stunden auf See war und nicht in der Lage war, Pushbacks ordnungsgemäß zu überwachen oder aktiv zu verhindern, beobachtete das Team dennoch mehrere Manöver der griechischen Küstenwache, darunter unregelmäßige Bewegungsmuster, den Einsatz von Suchscheinwerfern und ein Schiff, das sich schnell in Richtung türkischer Gewässer bewegte und seine Positionslichter ausschaltete.

Das Schiff durfte nur noch einmal aus dem Hafen auslaufen, um eine Gedenkveranstaltung zu Ehren der Menschen abzuhalten, die aufgrund des europäischen Grenzregimes auf See gestorben sind. Die Erlaubnis der Behörden war jedoch mit einer Liste strenger Auflagen verbunden, die von der Besatzung verlangten, sich der Überwachung zu enthalten, sich weit von der Grenze fernzuhalten und die Behörden stündlich anzurufen, mit dem Hinweis, dass "jede Abweichung" von ihren Anweisungen "strafrechtliche Sanktionen" nach sich ziehen würde.

Aufgrund der zahllosen Berichte über systematische Grausamkeiten, die von griechischen und europäischen Behörden gegen Menschen auf der Flucht begangen werden, haben die Europäische Kommission und zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppen gefordert, dass Griechenland einen unabhängigen Überwachungsmechanismus an seinen Grenzen einführt. Die griechische Regierung verabschiedet jedoch weiterhin Gesetze, die ihr die totale Kontrolle über das Meer garantieren und jegliche zivilgesellschaftlichen Gruppen daran hindern, Menschenrechtsverletzungen zu überwachen.

QUELLENANGABEN:

[1] https://www.politico.eu/wp-content/uploads/2021/10/07/Joint-letter_Adaptation-of-EU-legal-framework-20211007.pdf

[2] Kasparek, Bernd (2021). Europa als Grenze: eine Ethnographie der Grenzschutz-Agentur Frontex. Bielefeld: transcript.

[3] https://www.dw.com/de/unwort-des-jahres-2021-pushback/a-60395794

[4] https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2007/10/Griechenlandbericht_Engl.pdf

[5] https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/2022-03-13_Ukraine%20Humanitarian%20Impact%20SitRep_final.pdf

[6] https://www.asyl.net/fileadmin/user_upload/Gesetzestexte/EU-RL_voruebergehender_Schutz.pdf

[7] https://twitter.com/mamjahid/status/1502681528643440641

[8] https://www.npr.org/2022/03/03/1084201542/ukraine-refugees-racism?t=1647274713211

[9] https://taz.de/EU-nimmt-Menschen-aus-der-Ukraine-auf/!5839353/

[10] https://www.theguardian.com/world/commentisfree/2022/mar/10/europe-compassion-refugees-white-european

[11] https://www.spiegel.de/ausland/fluechtlinge-wie-eine-schattenarmee-an-europas-grenzen-menschen-misshandelt-a-131dc319-36e8-4204-8e57-7dc04b1d68f3

[12] https://www.spiegel.de/international/europe/death-in-the-aegean-eu-border-officials-accused-of-throwing-refugees-into-the-sea-a-19ba0711-eedb-4c10-82da-ca12f5e01936

[13] https://mare-liberum.org/de/attempted-murder-how-the-hellenic-coast-guard-demonstrates-their-disregard-for-human-lives/

[14] https://www.borderviolence.eu/violence-reports/january-27-2021-2100-fener-adasi-turkey/

[15] https://www.borderviolence.eu/violence-reports/august-24-2021-0530-in-the-aegean-sea-3-kilometres-from-samos-island/

[16] https://www.borderviolence.eu/violence-reports/september-18-2021-1400-samos/

[17] https://www.youtube.com/watch?v=fU-0PPGbzNs

[18] Testimony durch Mare Liberum, bisher unveröffentlicht.

[19] https://aegeanboatreport.com/2021/09/25/oil-tanker-rescued-150-people-in-distress/

[20] https://alarmphone.org/en/2020/11/27/197-people-pushed-back-to-turkey/

[21] https://mare-liberum.org/de/you-are-criminals-because-you-want-to-kill-us-a-pushback-testimony/

[22] Testimony durch Mare Liberum, bisher unveröffentlicht.

[23] https://mare-liberum.org/en/230-years-in-prison-the-systematic-criminalisation-and-imprisonment-of-people-on-the-move-in-greece/

[24] https://fromseatoprison.info

[25] https://data2.unhcr.org/en/documents/details/90072

[26] https://aegeanboatreport.com/2021/10/29/pushback-ongoing-involving-400-people/

[27] https://www.aljazeera.com/features/2022/1/12/migrants-fleeing-lebanon-by-sea-accuse-greece-of-abuse

[28] https://missingmigrants.iom.int/region/mediterranean?region_incident=All&route=3891&month=All&incident_date%5Bmin%5D=&incident_date%5Bmax%5D=, letzter Zugriff am 14.02.2022

[29] https://data2.unhcr.org/en/situations/mediterranean/location/5179, letzter Zugriff am 14.02.2022

[30] https://www.youtube.com/watch?v=s6zKr1tb3Xg&t=675s, letzter Zugriff am 20.02.2022

[32] https://mare-liberum.org/en/who-is-giving-these-orders/?fbclid=IwAR2Fb_YGcfn49Xgp5BD_r-_pKzm5W3p2BESpaNhhT0cojIwQfXjbEzDm5iY

[33] https://data2.unhcr.org/en/situations/mediterranean/location/5179

[34] https://www.ynanp.gr/en/press-and-communications-office/minister-plakiotakis-greece-saves-lives-that-others-put-in-danger-in-the-aegean/

[35] https://www.nzz.ch/international/griechenland-unstimmige-zahlen-bei-migranten-und-fluechtlingen-ld.1663070

[36] https://www.akweb.de/politik/pushbacks-der-eu-vermummte-schlaegertrupps-mit-segen-der-regierungen/

[37] https://www.spiegel.de/ausland/gefluechtete-in-griechenland-frontex-wusste-von-menschenrechtsverletzungen-und-tat-nichts-a-6efe96dc-b4f6-47e9-b4a9-f9b789d2da17

[38] https://mare-liberum.org/de/frontex-as-the-backbone-of-fundamental-rights-violations-in-the-aegean-sea/

[39] https://abolishfrontex.org/blog/2021/12/13/a-fig-leaf-the-frontex-accountability-regime/

[40] https://www.france24.com/en/tv-shows/talking-europe/20210402-no-evidence-of-migrant-pushbacks-eu-border-agency-chief-leggeri

[41] https://www.spiegel.de/ausland/pushback-skandal-in-der-aegaeis-interne-dokumente-belasten-frontex-a-b78caceb-07a4-42c4-bf7e-ec92a81b4f8a

[42] https://www.spiegel.de/ausland/pushbacks-an-eu-aussengrenze-europarat-fordert-ende-illegaler-abschiebungen-a-8155938f-89cf-4b82-8861-122657101afb

[43] https://www.politico.eu/article/frontex-chief-fabrice-leggeri-under-fire-from-eu-commissioner-ylva-johansson/

[44] https://michelbrandt.de/bericht-der-frontex-pruefgruppe-frontex-duldete-und-vertuschte-menschenrechtsverletzungen/

[45] https://www.spiegel.de/ausland/frontex-eu-parlament-will-90-millionen-euro-wegen-pushback-vorwuerfen-zurueckhalten-a-8004eb3f-190c-4e18-ace7-54b2ef21d567

[46] https://mare-liberum.org/de/frontex-the-european-institutionalization-of-pushbacks/

[47] https://abolishfrontex.org/frontex/

[48] https://www.youtube.com/watch?v=o5-_StRXLpw&t=488s

[49] https://www.akweb.de/politik/asylrecht-nein-danke-die-eu-ist-sich-einig-bei-der-entrechtung-schutzssuchender/

[50] https://www.akweb.de/politik/asylrecht-nein-danke-die-eu-ist-sich-einig-bei-der-entrechtung-schutzssuchender/

[51] https://www.politico.eu/article/polish-parliament-approved-law-for-migrant-pushbacks-at-the-border/

[52] https://www.lrt.lt/en/news-in-english/19/1461707/lithuania-to-push-undocumented-migrants-back-to-belarus-divert-to-border-checkpoints

[53] https://www.politico.eu/wp-content/uploads/2021/10/07/Joint-letter_Adaptation-of-EU-legal-framework-20211007.pdf

[54] https://data2.unhcr.org/en/documents/download/49921.

[55] https://eu.rescue.org/article/what-eu-turkey-deal.

[56] https://www.coe.int/en/web/commissioner/-/eu-turkey-deal-on-refugees-disregards-human-rights-standar-1;

[57] https://www.hrw.org/news/2016/11/14/qa-why-eu-turkey-migration-deal-no-blueprint#; https://www.amnesty.org/en/documents/eur25/5664/2017/en/

[58] https://en.sg.gov.tr/irregular-migration-statistics

[59] https://data2.unhcr.org/en/situations/mediterranean/location/5179

[60] https://missingmigrants.iom.int/region/mediterranean?region_incident=All&route=3891&month=All&incident_date%5Bmin%5D=&incident_date%5Bmax%5D=

[61] https://www.dw.com/en/greece-eu-funds-migrants-lesbos-asylum/a-57051718

IMPRESSUM

Herausgeberin
Mare Liberum e.V.
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

info@mare-liberum.org
www.mare-liberum.org

Cover
Illstencil.art: 'Greece Borders'

Bildnachweise
Mare Liberum: S. 17, 20, 22, 25
Zita Erffa / Mare Liberum: S. 4, 7, 15, 28, 35, 42
Jelka Kretzschmar / Mare Liberum: S. 21, 32, 39
Türkische Küstenwache: S. 8

Bleibt über aktuelle Entwicklungen informiert, folgt uns in den sozialen Medien:

facebook.com/MareLiberumOfficial/
twitter.com/teammareliberum
instagram.com/mareliberumofficial/

Hilf uns mit deiner Spende unsere Beobachtung der Einhaltung von Menschenrechten in der Ägäis fortzusetzen. Um weiterhin alles mögliche zu tun, täglichen Menschenrechtsverletzungen und Grenzgewalt zu dokumentieren und zu bekämpfen, sowie uns für eine gerechtere Behandlung von Geflüchteten einzusetzen.

Spendenkonto:

Mare Liberum e.V.
IBAN: DE71430609671221431300
BIC: GENODEM1GLS

Online: www.mare-liberum.org/de/jetzt-spenden/